Ausgabe 1/2019

JULIMAGAZIN

Politische Kultur
Wie steht es um die Demokratie?

Über die Eheprobleme von Politik und Medien am Beispiel von Talkshows

Im Interview
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Das große JuLi-Spezial-Quiz

Stock.Adobe.com © Ingo Bartussek

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im Liberalen Mittelstand Nordrhein-Westfalen. Gestalte gemeinsam mit Unternehmern aus verschiedensten Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform, Netzwerk und politisches Sprachrohr für liberal gesinnte Mittelständler. Wir sind die Interessensvertretung und kompetenter Ansprechpartner von kleinen und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern, Selbstständigen sowie deren Mitarbeitern als selbstbestimmte Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Ehrenfeldstraße 14, 44789 Bochum
Tel.: 0211. 49 70 940
Fax: 0211. 88 25 31 237
E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw
Webseite: www.liberaler-mittelstand.nrw

Tim Schütz

Chefredakteur

Liebe JuLis,

der Beginn eines Jahres lädt zu einer globaleren Betrachtung der Politiklandschaft ein. Viel zu oft verfängt man sich bei Debatten in Meta-Ebenen und vergisst die Praxistauglichkeit von Überlegungen oder die realpolitischen Auswirkungen auf den Handwerksmeister in Hagen, den Grundschullehrer in Gelsenkirchen oder die Richterin in Recklinghausen.

Wir Liberale reden oft über die Kulturunterschiede von uns zu anderen Ländern als Begründung für politische Stellschrauben, die schon viel zu lange angerostet sind: Uns fehlt die Start-up-Mentalität, uns fehlt das Digitalisierungs-Gen, uns fehlt die Wertschätzung für Altersvorsorge auf privater Basis, uns fehlt die Wertschätzung für frühkindliche Bildung wie in Skandinavien und vor allem fehlt uns der Mut, zu neuen Ufern aufzubrechen. Zweifellos durchaus treffende, wenn auch pauschalisierende Argumentationslinien. Was aber auffällt, ist, dass man auch von politischer Kultur sprechen kann. Diese prägt indirekt auch die Wahrnehmung der Bevölkerung, die, wie ich glaube, nicht immer nur mit populistischen Schlagworten („Klimanationalisten“) mobilisiert werden muss. Es darf also die Frage gestellt werden: Haben wir die richtige politische Kultur?

In diesem Heft zeigt sich die ganze Vielfalt der Politik. Anne will aufzeigen, dass Diskussionskultur nicht immer von extremer Lagerbildung und einem Aneinandervorbeireden bestehen sollte. Léon erläutert die Bedeutung von sozialen Medien in der Politik, während Christina und Paavo ein Zeichen setzen und nicht, wie üblich in dem Format „Pro vs. Kontra“, hart gegeneinander debattieren, sondern die hohe Bedeutung der Frauenförderung betonen. Doch auch die Freunde der gepflegten Debatte kommen auf ihre Kosten: Sollte die Amtszeit von Bundeskanzlern begrenzt werden dürfen? Darüber streiten Lukas und unser Spezialgast Michael. Und wer wählt den Bundeskanzler der Zukunft eigentlich? Sind es die Schüler von morgen, die bessere politische Bildung erfahren müssen, wie Lina fordert, oder sind es Schüler, die dem Politikunterricht an Freitagen fernbleiben, um dem Protest-Flashmob „Fridays For Future“ beizuwohnen? Darüber wird Nils schreiben.

Neben viel Debatte um politische Kultur folgt auch die letzte Ausgabe der Serie „Politik ohne Worte“ und es wird euch die einmalige Chance geboten, einen lebensgroßen Papp-Politiker eurer Wahl in unserem großen JuLi-Quiz zu gewinnen. Und so schließt sich für viele auch in diesem Magazin ein Kreis: Während für einige Politik keine Schnittmenge mit dem eigenen Leben zu bieten scheint, könnten andere eine Wolfgang-Kubicki-Pappfigur demnächst in ihrem Wohnzimmer positionieren …

In diesem Sinne viel Spaß beim Quizzen und bei der Lektüre,

Euer

Tim

IN HALT

THEMEN

1. Anne will …
2. Wie Worte eine politische Kultur zerstören
3. Über die Eheprobleme von Politik u. Medien am Beispiel von Talkshows
4. Politik ohne Worte
5. Pro vs. Pro -Frauenförderung – Netzwerken als Schlüssel zum Erfolg
6. Politik ohne Worte
7. Wo sind die Schüler?
8. "Fridays for future" – Schwänzen mit falscher Ausrede
9. Social Media ist wie Sex, du denkst, …
10. Wir brauchen mehr “Order“ im Bundestag!
11. Interview mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
12. Im Namen des Volkes: Die Rolle von Gerichten in der Demokratie
13. Nationalismus vs. Europa – Wer gewinnt die Partie?
14. Das große JuLi-Quiz

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.
Tim Schütz
(tim.schuetz@julis-nrw.de)

REDAKTION
Marc Bauer, Léon Beck, Paavo Czwikla, Christina Dumstorff, Tabea Gandelheidt, Isabel Kraemer (Ressortleiterin Interview), Nils Mehrer, Anna Neumann, Fabian Schefczik, Lukas Schmitz-Peiffer, Colin Stamm, Michael Theurer, Anne Wickborn (Ressortleiterin Kolumne), Lina Wolters

HERAUSGEBER UND VERLAG
Junge Liberale Landesverband NRW e.V. – Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS
photocase.com/Adobe Stock

GESTALTUNG
BTW MARKETING, Werne

DRUCK
frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Anne will ...

Liebe Julis,

Sie hat sich langsam in die Debatte geschlichen. Lange Zeit unbemerkt und höchstens als dezenter Unterton zu erahnen. Doch in letzter Zeit gewinnt sie zusehends an Gewicht und Relevanz, scheint mittlerweile fast zur Priorität geworden zu sein und dominiert auffallend die öffentliche Debatte.

Die Rede ist von der Moral.

Immer öfter scheint sie geschwungen zu werden, die Moralkeule, und immer öfter scheinen Debatten in grundsätzliche Ideologiekämpfe auszuarten während sie gleichzeitig die Chance verpassen, produktiv Lösungsvorschläge für die diskutierten Thematiken zu erarbeiten. Es scheint sich immer weniger die Frage zu stellen, ob Fahrverbote gut oder schlecht für Klima und Gesellschaft sind und viel öfter, ob sie an sich gut oder schlecht sind. Wir diskutieren immer seltener darüber, wie Migration gelingen kann und immer öfter darüber, wofür sie verantwortlich gemacht werden darf. Die Debatte über den Wert von Europa an sich stellt die über konkrete Ideen und Pläne zur Verbesserung immer weiter in den Schatten. Ich bin überzeugt, dass diese Diskussionen, trotz ihrer unzweifelhaft vorhandenen Daseinsberechtigung, die Debatte nicht in einer Art und Weise voranbringen, die ihre derzeitige Dominanz rechtfertigen würde.Wer sich den exzessiven Moralismus, der seinen Einzug in die Diskussionsrunden, Parlamente und Talkshows gefunden hat, etwas genauer anschaut, der wird feststellen, dass er sich vor allem in der ihm eigenen Grundsätzlichkeit zeigt. Gleichzeitig gleicht seine Produktivität in etwa der, die von einer angetrunkenen aber intensiven Diskussion mit dem Sozialisten zu erwarten ist, mit dem man die letzten vier Bier getrunken hat bevor die Themen politisch wurden und schier unüberwindliche Gräben zwischen den persönlichen Wertevorstellungen zutage getreten sind. Nüchtern und vernünftig würden wir in dieser Situation vermutlich das Gespräch abbrechen und uns in der Kneipe auf die Suche nach dem nächsten Paar Perlenohrringe, alternativ auch nach dem nächsten Hemdkragen machen, in der Hoffnung, Menschen mit Weltansichten zu finden, die den eigenen näher kommen.

Oder aber wir lenken das Gespräch weg von den Grundsätzen, hin zu der Praxis, wo vielleicht noch Hoffnung auf eine produktive Diskussion besteht. „Hältst du die Messungen der Feinstaubwerte für zuverlässig?“ ließe sich fragen. Oder „Welche Maßnahmen können wir ergreifen, damit Migration gelingt? Wo müssen wir ansetzen, um im Leben aller Europäer einen positiven Unterschied zu machen?“. Wie wir alle wissen, handeln wir anders. Wir nehmen einen Schluck aus dem fünften Bier und lehnen uns in Erwartung der tausendmal geführten und ritualisierten Diskussion zurück. „Ich finde ja, Steuern sind Raub.“ Stellen wir bedächtig fest und beobachten zufrieden die Mischung aus Bestürzung und Abscheu im Gesicht des Gegenübers, während wir uns mental auf die folgende, völlig unproduktive und vorhersehbare Grundsatzdebatte vorbreiten. Nach einer halben Stunde haben wir dem Sozialisten Carl mehrmals eine grundsätzliche Fortschrittsverweigerung unterstellt und er hat uns den moralischen Bankrott unverblümt ins Gesicht diagnostiziert. Wir sind entweder empört aufgestanden um doch noch die liberalen Brüder und Schwestern im Geiste zu suchen oder wir fahren fort und verbringen den Abend mit platten Phrasen, ritualisierten Debatten und absolut abgedroschenen Argumenten die immer wieder ins Nichts führen.

Ein Argumentationsmuster, das angetrunken und im Einzelfall achselzuckend abgetan und erst dann zum wirklichen Problem wird, wenn es Einzug in die deutschen Parlamente und Medien hält. Dort jagen sich seit Monaten die Grundsatzdebatten, die Moralauswüchse, die Ideologiekriege. Deutlich zeigt sich die unbedingte Versteifung auf der eigenen Position in der Unfähigkeit, Ambivalenzen und Spannungen auszuhalten. Moralische Debatten sind ihrer Natur nach unbedingt und schließen Kompromisse und Schattierungen im Vorhinein aus. Niemand kann nur ein bisschen Gerechtigkeit ertragen; in der Hitze der Grundsatzdiskussion erscheint keine Form der Erbschaftssteuer hinnehmbar und jede Reglementierung des eigenen Fahrverhaltens wie eine fundamentale Menschrechtsverletzung. Das Schwarz Weiß Denken, was die differenzierte Betrachtung zusehends in den Hintergrund drängt, ist keineswegs allein das Werk der Populisten. Es ist das Werk all jener, die die Grundsatzdebatte der lösungsorientierten Diskussion vorziehen. Die das moralische Urteil an den Anfang, statt das Ende der Debatte stellen und damit die Politik mehr und mehr von der produktiven Suche nach Lösungen entfremdet. Diesem Hypermoralismus können und müssen wir JuLis etwas entgegensetzen. Grundsatzdiskussionen und Moral haben Platz und Berechtigung im politischen Diskurs, sollten ihn aber niemals in der Art und Weise dominieren, wie es zur Zeit der Fall ist. Viel eher muss die lösungsorientierte Debatte zurück in den Mittelpunkt gestellt werden. Treten wir dem erbitterten Grabenkrieg zwischen links und rechts mit kreativen Ansätzen entgegen. Mit produktiven Debatten. Mit Lösungen, statt mit Diskussionen über Schuldzuweisungen. Es ist an der Zeit, Ideen statt Ideologien zu liefern.

Anne Wickborn (17), Medizinstudentin, ist Beisitzerin im Bezirksvorstand Aachen und Ressortleiterin Kolumne des JULIMAGAZINS. Ihr erreicht sie unter: **anne.wickborn@julis.de**

Bildnachweis: Adobe Stock

Wie Worte eine politische Kultur zerstören

Wir leben in einer spannenden Zeit: Am 29. März werden die Briten – wenn nicht etwas Unerwartetes passiert – die Europäische Union verlassen. Der einst verlässliche Partner Europas, die Vereinigten Staaten von Amerika, entwickelt sich unter Donald Trump zu einem zunehmend unzuverlässigen Partner. Die Türkei, vor wenigen Jahren noch auf dem Weg in eine Demokratie, ist unter Recep Tayyip Erdogan zu einer islamischen Präsidialdiktatur geworden. Und auch im Deutschen Bundestag sitzen wieder die rechten Populisten und Demagogen. Die Protagonisten haben eins gemeinsam: die bewusste Nutzung entgleisender Sprache zugunsten der eigenen politischen Zwecke.

Politik ist Sprache. Ja, Politiker möchten natürlich inhaltliche Ideen in den Parlamenten umsetzen. Das ist ihre Kernaufgabe. Aber durch die Wahl der Rhetorik bringen sie die Inhalte an die Bürgerinnen und Bürger. Die SPD spricht beispielsweise gerne vom „kleinen Mann", um ihr Klientel zu bedienen. Die Liberalen verzichten auf eine solche Ansprache, weil sie der festen Überzeugung sind, dass kein Mensch von Natur aus klein ist, wenn überhaupt klein gemacht wird. Neben den feinen Unterschieden in den Rhetoriken des demokratischen Spektrums wird in den letzten Jahren immer häufiger zu einer ganz bestimmten Rhetorik gegriffen: der polarisierenden, ja gar entgleisenden Rhetorik.

Polarisierung und Demokratie

In der Geschichte der Demokratie gibt es etliche Beispiele für den Zusammenbruch eben dieser. Deutschland, Italien, Venezuela, Chile – um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Insbesondere eine Lehre sollte aus sämtlichen Zusammenbrüchen von demokratischen Systemen mitgenommen werden: Die Polarisierung versetzte der Demokratie oft genug den Todesstoß. Polarisierung heißt in diesem Zusammenhang nicht, dass Hugo Chavéz ein und dieselbe Rhetorik wie Donald Trump an den Tag legte. Polarisierung heißt in diesem Zusammenhang, dass Politiker die gegenseitige Achtung voreinander verloren. Dieses Verlorengehen der gegenseitigen Achtung kann sich in zwei Formen widerspiegeln: Erstens in der verwendeten, bewusst entgleisenden Rhetorik. Zweitens in der absoluten Ausnutzung der institutionellen Macht.

Die immer radikalere und immer mehr entgleisende Rhetorik ist mindestens ein Indikator dafür, dass Punkt zwei und damit die Ausnutzung der institutionellen Macht eintreten kann. Die Unterminierung der liberalen Demokratie beginnt also mit dem Verrohen der Rhetorik.

Vom Wert der Rhetorik

10. Oktober 2008. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist das beherrschende Thema die „presidential election" zwischen Barack Obama und John McCain. Auf seiner Wahlkampftour wird McCain von einer Bürgerin mit dem Statement konfrontiert, dass sie persönlich der Auffassung sei, dass man Obama nicht trauen könne. Er sei ein Araber. McCains Reaktion – im Vergleich zur heutigen Situation – ist bemerkenswert. Geistesgegenwärtig nahm er der Dame das Mikrofon aus der Hand und sagte: „Nein, Ma'am. Er ist ein anständiger Familienvater und Bürger – aber wir haben in einigen wichtigen politischen

2

Stock.Adobe.com © Animaflora PicsStock

Fragen unterschiedliche Ansichten, und nur darum geht es in diesem Wahlkampf." Mit der Art und Weise seiner Antwort wahrt McCain ein ungeschriebenes Gesetz einer Demokratie: das Toleranzprinzip. Politiker streiten sich, ja. Die Debatten können hitzig und angespannt laufen. Aber nie sollten sich Politiker gegenseitig auf unwürdige Art und Weise diffamieren oder das Existenzrecht der Meinung des Gegenübers aberkennen. Mit seiner Reaktion – insbesondere mit der Wahl seiner Worte – hat McCain deutlich den Unterschied zwischen einer Politik der Gegnerschaft und einer Politik der Feindschaft aufgezeigt.

The other way round

Keine acht Jahre später wird die Politik der Feindschaft im Präsidentschaftswahlkampf überhandnehmen. Maßgeblich dazu beigetragen hat der heutige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika: Donald Trump.

„Ich sag Ihnen eins: Hillary Clinton muss in den Knast." „Obama ist der Gründer des IS. Und ich würde sagen, die Mitbegründerin ist die schurkige Hillary Clinton." „Wenn ihr jemanden seht, der eine Tomate werfen will, prügelt ihn windelweich, klar? Ernsthaft. Macht ihn fertig. Ich verspreche euch, die Rechtskosten zu bezahlen."

Im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2016 hat sich Donald Trump so ziemlich jede denkbare rhetorische Entgleisung geleistet. Zwischen Inhaftieren von politischen Mitbewerbern und bestimmten Journalisten, der offen angekündigten Nicht-Anerkennung des Wahlergebnisses, wenn dieses nicht stimme, dem Infragestellen staatlicher Institutionen und der Herkunft Barack Obamas: Der Republikaner hat vor nichts Halt gemacht.

Taten hat Trump seiner reißerischen Rhetorik noch nicht folgen lassen. Der Schaden für die politische Kultur im eigenen Land ist aber längst entstanden. Demokraten und Republikaner waren schon immer politische Gegner. Es gab aber Zeiten, in denen Demokraten und Republikaner achtend und tolerant miteinander umgegangen sind – trotz aller politischen Gegensätze. Durch Trumps unverantwortliches Handeln – insbesondere in Form seiner Rhetorik – wird die Kluft zwischen Demokraten und Republikanern immer größer. Zu Trumps Verteidigung ist zu sagen, dass die Kluft zwischen Demokraten und Republikanern nicht erst seit seiner Präsidentschaft zum Grand Canyon zu werden droht. Beispielhaft zu nennen ist hier der US-Bundesstaat North Carolina mit seinem bis 2016 agierenden Gouverneur Pat McCrory, welcher ohne Rücksicht auf Verluste haarsträubende Wahlbezirks- und Wahlrechtsreformen einleitete, die fortan bedeutende Vorteile für die Republikaner schufen. Die Erosion des politischen Fair Plays scheint unaufhaltsam. Oder?

Die Antwort der Demokraten

Was also tun gegen diese Form der Polarisierung? In den Vereinigten Staaten sahen sich einige Demokraten dazu getrieben, den gleichen Umgang mit den Republikanern zu fordern. Getreu dem Motto: Wenn die anderen die Regeln brechen, können wir das auch tun. Unvergessen sind auch die Worte des SPD-Parlamentariers Johannes Kahrs. Auf eine wiederholt polarisierende Rede Alexander Gaulands antwortete Kahrs mit den Worten: „Hass macht hässlich! Schauen Sie doch in den Spiegel."

Die Worte der Demagogen und Rechtspopulisten unserer Zeit sind oft schwer verdaulich. Die Antwort der Demokraten kann aber nicht das Herabsinken auf selbiges Niveau sein. Genau in diesem Moment werden die letzten vorhandenen Leitplanken unseres demokratischen Systems („Wie Demokratien sterben" von Levitsky und Ziblatt sei an dieser Stelle jedem Leser ans Herz gelegt) abgebaut. Es ist die Aufgabe aller Demokraten, Normen wie gegenseitige Achtung und Toleranz wiederherzustellen. Sich auf das Niveau der Populisten herabzulassen ist keine Option. Wenn die Hemmschwelle für rhetorische Entgleisungen in der Öffentlichkeit immer weiter sinkt, wird dies einen bleibenden Schaden hinterlassen. Und es wäre nicht das erste Mal, dass auf rhetorische Entgleisung auch gewaltsame Entgleisung folgt.

Die Beachtung und Aufrechterhaltung dieser Leitplanken wird eine elementare Aufgabe der nächsten Jahre sein. Und das über die Parteigrenzen hinweg. Die Erwartung an alle Demokratinnen und Demokraten muss es sein, die Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie zu verteidigen und für eine politische Kultur der Toleranz und Achtsamkeit zu streiten. Zusammen für etwas zu streiten, anstatt gegen etwas zu sein, war schon immer erfolgreicher!

Anna Neumann (24) studiert Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaften. Sie ist für die Organisation im Bezirk Westfalen-West zuständig. Ihr erreicht Sie unter: neumann@julis.de

Über die Eheprobleme von Politik und Medien am Beispiel von Talkshows

3

Auf dem deutschen Medienmarkt gibt es eine Inflation politischer Talkshows, die einen bei Weitem größeren Kreis von Zuschauern erreichen als die klassischen Parlamentsdebatten. Nur noch echte Politiknerds im positivsten Sinne verfolgen den Schlagabtausch im Bundestag auf Phoenix. Die überdurchschnittlich Interessierten nehmen den inhaltlichen Diskurs vor allem in Talkshows wahr. Die übrige Bevölkerung nur in Beiträgen mit vielen Rechtschreibfehlern in den Kommentarspalten sozialer Medien. Dabei verwerten und interpretieren die Beiträge dort häufig nur das neu, was an anderer Stelle in den klassischen Massenmedien ohnehin bereits besprochen wurde. Es gibt nur sehr wenige Formate, in denen Politiker zum Beispiel über Facebook Lives selbst mit den Bürgern interagieren. Viel mehr posten Politiker zum Beispiel Links, die auf ihre Talkshowauftritte verweisen. Auf Social Media findet nur selten eine echte politische Debatte mit Diskutanten unterschiedlicher politischer Couleur und Bürgern statt. Die meiste Zeit stellen Social-Media-Plattformen daher Echokammern dar, in denen Meinungen aus den Massenmedien aufgegriffen und (neu) interpretiert werden. Seiten wie Twitter, Jodel, Facebook und Instagram entscheiden daher neben den klassischen Massenmedien, welches Thema und welche Person viral geht und wie über bestimmte Themen gesprochen wird.

Der fehlende echte Kontakt der Politiker zu den Bürgern hat zur Folge, dass sich die noch substanziellen öffentlichen politischen Auseinandersetzungen auf die allabendlichen Polittalkshows, à la Anne Will, oder in der Zweitverwertung auf den ein oder anderen Post verlagern. Dabei ist das politische System genauso auf die Medien wie die Medien auf die Politik angewiesen. Politik und Medien sind gewissermaßen gefangen in einer Ehe, in der man sich gegenseitig zu manipulieren und auszunutzen versucht, aber auch nicht ohneeinander kann. Während das politische System der Medien bedarf, um zu informieren, politisches Verhalten zu legitimieren und um Wähler zu werben, bedienen sich die Medien der Politik, um Quote zu erreichen und Irritationen in der Gesellschaft anzustoßen.

Die klassischen Medien informieren über das aktuelle Politikgeschehen und begleiten dieses kritisch. Sie sorgen in einer Demokratie für Transparenz und werden deshalb auch als vierte Gewalt bezeichnet. Dabei dienen sie der Beschränkung von Macht, indem sie die Möglichkeit eröffnen, Themen zu hinterfragen und durch mediale Berichterstattung politische Veränderungen anzustoßen. Massenmedien und Polittalkshows sind jedoch für das politische System nicht unproblematisch, denn sie prägen maßgeblich und aufgrund der fehlenden Verbindung des Politiksystems mit der Gesellschaft fast ausschließlich das Bild, das die Bevölkerung von der Politik hat. Was wir über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir aus den Medien. Dabei muss sich das Politiksystem immer stärker den Regeln der Kommunikation mittels Massenmedien unterwerfen. Die Parteiendemokratie klassischen Zuschnitts ist in diesem Zuge schon lange zur Mediendemokratie geworden.

Um das Ziel der Erregung von Aufmerksamkeit zu erreichen, unterwerfen sich Talkshows einem bestimmten Handlungsmuster. Sie wählen Nachrichten nach ihrem Nachrichten- und Sensationswert aus und folgen bei der anschließenden Aufbereitung ihrer eigenen Präsentationslogik. Da aber die Medien nur aus ihrer eigenen Brille die Wirklichkeit erfassen und ihre konstruierte Wirklichkeit nach außen kommunizieren, passiert es kaum, dass sie über politische Prozesse vollumfänglich informieren. Die immanente Logik politischer Entscheidungsfindung wird dem Zuschauer nicht vermittelt. Statt langer und fader ausgewogener Beiträge setzen sie verstärkt auf simple Lösungen mit dem „Bam“-Faktor. Dabei ist es in Talkshows zwar prinzipiell möglich, das Politikgeschehen sehr sachlich und ausgewogen darzustellen, dies geht aber in den meisten Fällen zu Lasten der Quote oder Sendezeit. Und das kann kein Intendant verantworten. Statt vollumfänglicher Berichterstattung werden daher viele politische Entscheidungen aus dem Kontext gerissen, wichtige Argumente bleiben oft unbeleuchtet und neue Realitäten werden erzeugt. Häufig werden Politiker bei ihren Darstellungen unterbrochen und können komplexe Vorgänge nicht vollständig darstellen. In Einspielfilmen werden z. B. wichtige Details weggelassen, sodass die Realität der Medien nicht der Realität entspricht, welche die politischen Akteure selbst als solche wahrnehmen.

Medien bilden deshalb nicht die Wirklichkeit ab, sondern schaffen Vorstellungen von Realitäten. Auch wenn Talkshows häufig den Eindruck erwecken, durch die persönliche Anwesenheit der Politiker in Talkshows würde ein nur leicht verzerrtes Bild der Realität entstehen, kann durch geschickte Fragetechnik und durch die Positionierung von Beispielen und emotionalen Einspielfilmen eine Diskussion in eine erwünschte Richtung gelenkt werden. Um das Ziel der Aufmerksamkeitserregung zu erreichen, müssen sie sich nicht von der Wahrheit motivieren lassen. Sie können stattdessen auch ganz bewusst Falschinformationen streuen. Dabei wägen sie den Sensationswert und die möglichen Risiken einer Aufdeckung und des damit verbundenen Vertrauensverlustes ständig ab. So werden in zahlreichen Darstellungen der Teilnehmer, in Einspielfilmen und in Moderationsbeiträgen fundamentale Attributierungsfehler begangen. Während die meisten Handelnden ihr Verhalten

vor allem auf die Umstände ihres Handelns zurückführen – den Zeitdruck, den Mangel an Ressourcen, rechtliche Restriktionen –, erklären die Medien, Zuschauer und Social-Media-Diskutanten sich das gleiche Verhalten dagegen vor allem mit dem Charakter und den Motiven der Handelnden. Da aber auch die Motive der Handelnden nicht bekannt sind, wird häufig in Talkshows über Motive spekuliert. Diese Spekulationen führen zu einer noch stärkeren Verzerrung der Realität.

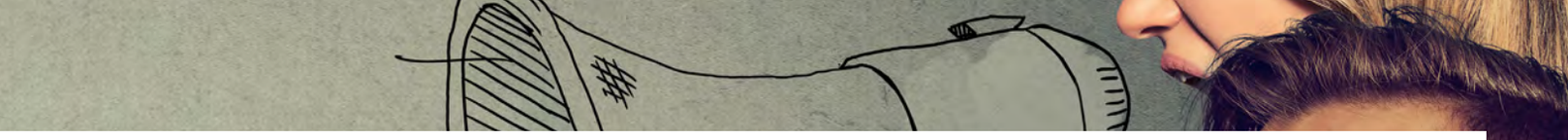
Ebenso gelingt es Talkshows und anderen Interviewformaten, dadurch maßgeblichen Einfluss auf das Politiksystem selbst zu gewinnen, indem Parteien sich bei der Wahl ihrer Führungspersönlichkeiten vor allem an der Medienkompetenz des jeweiligen Kandidaten orientieren. Die Talkshow-Eignung wird zum innerparteilichen Wahlkriterium. Mit der Vorrangrolle der Medien bei der Auswahl möglicher Spitzenkandidaten vor der innerparteilichen Willensbildung von Parteien, die im Wechselspiel zwischen Medienresonanz, Wahlerfolgen und Kandidatenunterstützung geschieht, ist den politischen Parteien dann auch noch diejenige Krönungsfunktion aus der Hand genommen, die einerseits ihre Zentralrolle mit begründet hatte und ihnen andererseits das Gewicht einer letzten Richtungskontrolle im politischen Prozess verschaffte. Nicht nur die Wahl der Kandidaten, sondern auch die Bedeutung des Kandidaten innerhalb der Partei hängt maßgeblich von dessen Medienkompetenz ab: Die FDP hat kurz nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag versucht, mehrere Personen in den Talkrunden und Zeitungen unterzubringen. Die Talkshowformate akzeptierten als Gast jedoch nur den charismatischen Rheinländer. Die Beliebtheit bei den Medien manifestierte Christian Lindners Macht in der Partei, während die Einflussmöglichkeiten anderer Politiker im Vergleich erodierten.

Darüber hinaus können Medien auch politisches Agenda-Setting betreiben. Sie können durch die Wahl der Berichterstattungsthemen beeinflussen, über welche Themen im Parlament beraten wird. Wenn oft genug über den Streik einer 16-Jährigen während der Schulzeit zum Thema Umweltschutz in Talkshows debattiert wird, können sich Parteien, die wiedergewählt werden möchten, nicht allzu lange weigern, eben dieses Thema auf die Agenda zu setzen. Dabei können Medien jedoch nicht die Meinungen der einzelnen Zuschauer zentral steuern. Keine Talkshow kann der deutschen Bevölkerung vorschreiben, ob sie die gewählte Form des Protestes als legitim betrachtet. Sie können aber sehr wohl durch Berichterstattungen Agenda-Setting betreiben und festsetzen, was in der Öffentlichkeit als wichtig wahrgenommen wird: Die Wirkung von Medien liegt demnach nicht in der Veränderung von Meinungen, Einstellungen oder Werten der Rezipienten, sondern in ihrem Potenzial, durch Häufigkeit und Umfang der Berichterstattung die Bedeutung von Themen für den öffentlichen Diskurs zu bestimmen. Da politische Akteure dem Zwang unterliegen, die gesellschaftlich wichtigen Themen anzugehen, müssen sie sich dabei auch dem Diktat der Medien unterwerfen.

Die Politik befindet sich aufgrund dieser besonderen Stellung zu den Medien in einem Dilemma. Auf der einen Seite bedarf die Politik der Medien zur Kommunikation mit ihrer Umwelt und mit den Wählern. Auf der anderen Seite wird die Realität der Politik von den Medien selbst teils nur unzureichend dargestellt. Die Konsequenz dieser Zwangslage ist die zunehmende Mediatisierung der Politik. Sie wird zum Politainment, zu einer Synthese aus instrumentellem Handeln und populärer Kommunikationskultur. Die politischen Akteure unterwerfen sich dem System der Medien, mit dem Ziel, dadurch persönlich mehr politische Einflussnahme zu besitzen. Um möglichst positiv in den Medien dazustehen, haben Politiker verschiedene Techniken der Inszenierung entwickelt. Darunter fällt die Eventpolitik, die Inszenierung von Scheinereignissen, die Imagepolitik, das bewusste In-Szene-Setzen bestimmter Charaktereigenschaften, die symbolische Scheinpolitik, das Inszenieren bewusster Handlungen, das den eigentlichen politischen Interessen entgegensteht, und die Emotionalisierung von Aussagen. Vor allem die beiden letzteren Formen lassen sich immer wieder in Talkshows finden.

Dabei schätzen viele Politiker die Wirkung der Medien häufig falsch ein. Die meisten Akteure sind sich der Tatsache nicht bewusst, dass Medien nicht in dem von ihnen erwarteten Ausmaß Meinungen prägen können, denn fast alle Menschen glauben, dass Medien auf andere Menschen stärkere negative Auswirkungen ausüben als auf sie selbst. Dieser in der Wissenschaft als „Andere-Leute-Effekt“ bezeichnete Effekt, also die Erwartung, dass andere Menschen stärker von Medien beeinflusst werden, zieht wiederum Verhaltensänderungen des Akteurs nach sich. Weil er glaubt, dass andere Menschen sich von Talkshows beeinflussen lassen, wird er selbst von den Medien beeinflusst, denn er wird versuchen, einen möglichst positiven Eindruck bei den Talkshow-Rezipienten zu hinterlassen. Die Medien besitzen auf die Protagonisten ihrer Berichterstattung wesentlich stärkere Wirkungen als auf die Massen der mehr oder weniger unbeteiligten Beobachter. Die landläufige Meinung, dass Politiker aufgrund ihrer Erfahrung mit den Medien weniger betroffen von persönlicher Kritik sind, ist dabei falsch. Sie können zwar besser ihre Emotionen unter Kontrolle bringen als Menschen, die zum ersten Mal in den Medien kritisiert werden. Trotzdem sind Ärger über negative Darstellungen und dadurch ausgelöste Gefühle der Hilflosigkeit bei Medienerfahrenen genauso groß wie bei Medienunerfahrenen, weil es sich um weitgehend automatische Reaktionen handelt, die man kaum steuern, sondern nur mehr oder weniger gut verbergen kann. Politiker werden daher versuchen, diese negativen Gefühle zu vermeiden, indem sie gemäß den Wünschen der Medien handeln.

Stock.Adobe.com © pathdoc



Die Medien haben, weil sie einen direkten Einfluss auf die Politiker haben, auch einen indirekten Einfluss darauf, wie Inhalte in der Realität umgesetzt werden, und zwar nicht deshalb, weil sie die Meinung der Politik prägen, sondern deshalb, weil Politiker oft instinktiv Kritik gegenüber ihrer Person vermeiden wollen.

Die wechselseitigen Wirkungen von Politik und Medien werden zusätzlich dadurch verstärkt, dass in den Talkshowstudios ein Publikum sitzt, das direkt und unmittelbar auf Äußerungen von politischen Akteuren reagiert. Die Talkshowteilnehmer werden daher umso stärker versuchen, negative Reaktionen zu vermeiden, da diese für den Akteur unmittelbar wahrnehmbar sind. Durch die Rezension der Talkshows in seriösen Zeitschriften, Zeitungen und Nachrichtenplattformen sowie die unmittelbaren Reaktionen in Kommentarspalten diverser Social-Media-Seiten wird dieser Effekt verschärft. Dabei haben auch die Medien nur sehr begrenzten Einfluss darauf, wie ihre Inhalte von der Social-Media-Meute aufgenommen werden. Auch wenn das Internet prinzipiell die Möglichkeit einer sehr sachlichen Nachbereitung der Medienauftritte und Programmformate bietet, findet in den meisten Kommentarspalten das genaue Gegenteil statt. Einzelne Sätze von Politikern werden von den Usern noch weiter aus dem Kontext gerissen und zum Teil populistisch diskutiert. Die Talkshows selbst werden von einigen besonders lauten Bürgern als Lügenpresse beschimpft, ohne dass diese sich einem ernsthaften und an der Sache orientierten Diskurs stellen. Die eben beschriebenen Zwänge der Medien, denen sich Politiker unterwerfen, werden durch die sozialen Medien noch weiter verschärft. Im schlimmsten Fall kann das Ansehen eines Politikers durch einen von einem einzigen missverständlichen Satz ausgelösten Shitstorm nachhaltig geschädigt werden. Das Opfer eines Shitstorms ist einem solchen Netzangriff häufig machtlos ausgesetzt, weshalb Politiker ein Interesse daran haben, die Netzgemeinde erst gar nicht zu verärgern.

Zusammengefasst kommt es durch den immer weiter fehlenden direkten Kontakt zu der Bevölkerung zu einer Mediatisierung der Politik. Die Politik unterwirft sich freiwillig dem Mediensystem und versucht sich durch die bewusste Themensetzung der Selektions- und durch gezielte Inszenierung der Präsentationslogik zu unterwerfen. Einhergehend mit der Marginalisierung der Parteien ist auch der Bedeutungsverlust des parlamentarischen Systems. Doch nicht nur die Parteien, die bisher eine demokratisch fundierte Zentralstellung im politischen Prozess einnahmen, geraten in der mediendemokratischen Konstellation an den Rand des Geschehens. Der Konflikt zwischen der langsamen politischen Prozesszeit und der schnellen medialen Reaktions- und Inszenierungszeit bringt selbst den Parlamentarismus in Bedrängnis.

Die Effekte negativer Berichterstattungen sind nicht nur auf die Politik begrenzt, denn auch Medien interessieren sich dafür, wie andere Medien über sie berichten und im Netz über sie gesprochen wird. Da auch Journalisten besonders schlechte Berichterstattungen anderer Medien vermeiden möchten, kommt es zu einer zunehmenden Verringerung der Varietät medialer Aussagen, vielmehr übernehmen Medien häufig die Aussagen anderer Medien und erzeugen dadurch eine große Anzahl redundanter Berichterstattungen. Dies führt oft zu einer weitgehend homogenen Darstellung des Geschehens. Die gleichen Talkshowgäste tauschen sich in ähnlichen Formaten aus und kommen zum immer gleichen Ergebnis.

So sehr mediale Berichterstattung einen Grundpfeiler der Demokratie darstellt und einen echten Beitrag zur Willensbildung leistet, so sehr müssen wir jedoch auch Formate wie Talkshows und ihre Bewertung in den sozialen Medien kritisch beäugen. Uns muss klar sein, Talkshows bilden nicht immer die Realität ab. Als Teil des politischen Systems haben auch wir JuLis die Verantwortung, darauf hinzuweisen, wenn Kommentare in sozialen Medien aus dem Kontext gerissen werden. Auch müssen wir als Parteimitglieder uns bewusster werden, wie wichtig es ist, auch mit unseren Freunden und Bekannten über Politik zu diskutieren, sodass diese neben dem zugespitzten Bild aus den Medien auch eine Perspektive auf Themen bekommen, die stärker versuchen zu kontextualisieren. Darüber hinaus setzt auch ein von uns gewünschter fairer politischer Diskurs mit unseren politischen Mitbewerbern voraus, dass wir unsere Informationen über politische Mitbewerber nicht nur aus den Medien beziehen, sondern selbst mit Mitgliedern anderer Parteien in den Diskurs eintreten, deren Wahlprogramme lesen und Parteitage verfolgen. Anstatt jede missverständliche Talkshow-Äußerung eines Wettbewerbers zu kritisieren, müssen wir als Teil der sozialen Medien Druck auf Sendungsformate aufbauen und von den Redaktionen mehr ausgewogenen Journalismus einfordern. Anstatt die negativen Auswüchse der Mediatisierung von Politik zu fördern, sollten wir als Social-Media-Nutzer besser der Eheberater sein, der die Eheprobleme zwischen Politik und Medien zu kitten versucht.

Lisa Lenz (27) ist die Ombudsperson der Jungen Liberalen und promoviert im Bereich der Verhaltensökonomie. Erreichen könnt ihr sie unter **lenz@julis.de.**

Politik ohne Worte

Constantin Borges

Jahrgang 1995
Student der BWL
stv. Landesvorsitzender für Organisation

Wie anstrengend ist die Organisation eines Landeskongresses?

Bundestagswahl 2021 – Die FDP holt 25 % . Deine Reaktion?

Katja Kipping hält die FDP für eine rechtspopulistische Partei. Stimmt's?

Warum bist du nicht bei der Grünen Jugend?

Dein Gesicht am Morgen nach der Landeskongress–Party ...

Was ist deine größte Schwäche?

Wie wichtig ist Harmonie in der Politik?

David Best

Jahrgang 1995
Beisitzer für Programmatik in LaVo
Student der Informatik

Warum ist die FDP noch immer Klischees verfallen?

Welche Klischees stimmen dennoch?

Wie selbstbewusst bist du?

Wo denkst du über neue programmatische Ideen nach?

Sollte ich kein Politiker werden, werde ich ...

Pro vs. Pro – Frauenförderung

Frauenförderung: Das Individuum im Kontext gesellschaftlicher Verhältnisse betrachten

„Der Mensch ist Grund und Grenze der Politik."

Im Mittelpunkt des politischen Liberalismus steht das Individuum. Das gilt für jene, für die Politik gemacht wird, die Bürgerinnen und Bürger. Es gilt in gleichem Maße für jene, die Politik machen, Menschen, die sich ehrenamtlich oder beruflich engagieren. Der Liberalismus will den einzelnen Menschen gegenüber dem Kollektiv und dem Staat stärken. Er glaubt an seine Mündigkeit, sein Streben nach Eigenverantwortung und nicht zuletzt daran, dass jeder Mensch etwas aus seinem Leben machen will und kann. Deshalb ist es das Ziel des politischen Liberalismus, dem Individuum unabhängig von seiner Herkunft Chancen zu eröffnen: Es interessiert nicht, woher ein Mensch kommt, sondern, wo er hinwill.

Wie kann sich in dieses Credo der Begriff der Frauenförderung widerspruchsfrei einfügen? Eine mögliche Antwort lautet simpel „gar nicht". Die Förderung von gesellschaftlichen Gruppen, in Abgrenzung und zum Nachteil von anderen, kann mit einiger Berechtigung als Identitätspolitik abgelehnt werden. Das gilt insbesondere, wenn sie von linken Partien betrieben wird, die einer vermeintlichen Chancengleichheit sogar demokratische Grundsätze zu opfern bereit sind. Doch folgt daraus gleich eine pauschale Ablehnung der Förderung von Frauen im liberalen Spektrum? Wäre diese Ablehnung der Sache überhaupt angemessen? Angesichts der signifikanten Differenz zwischen Frauenanteil in Gesellschaft und politischen Organisationen kann die Antwort nur „nein" lauten: Das Thema verdient zumindest eine ausführliche Beschäftigung. Im Rahmen dieses Artikels ist dabei mehr als die grobe Skizze eines gangbaren Ansatzes leider nicht möglich. Dieser sollte folgende Punkte umfassen:

1. Förderung von Frauen darf nicht die Förderung einer gesellschaftlichen Gruppe sein. Unser Blick muss primär immer auf das Individuum gerichtet sein, auf die Fähigkeiten und die Person des Einzelnen, nicht auf sein oder ihr Geschlecht.

2. Zeitgleich müssen die Akteure des politischen Liberalismus anerkennen (sofern und insoweit, als dass sie das noch nicht getan haben), dass die momentanen Verhältnisse in der Gesellschaft und insbesondere in der Politik nicht einem Idealzustand entsprechen: Sie bedürfen der Veränderung, Verbesserung.

3. Diese Verbesserung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Sie kann nur dann substanziellen Erfolg haben, wenn sie von großen Teilen der Grundgesamtheit getragen wird. Für den politischen Liberalismus bedeutet das: Die Mitglieder müssen an einem Strang ziehen.

4. Da harte Maßnahmen, nennen wir sie nun Quote oder verbindlichen Zielkorridor, liberalen Gedanken widersprechen, muss ein Umdenken sich in weichen Faktoren niederschlagen. Kernaspekte der Förderung von Frauen sind zum einen die Gewinnung von Frauen für liberale politische Organisationen und zum anderen das Aufbrechen von, männlich dominierten, Netzwerken, denn am Ende gilt:

5. Während Quoten dazu führen können, dass mittelmäßig geeignete Kandidaten in Ämter und Funktionen geraten, gilt selbiges für Netzwerke, die lange, vorwiegend männerdominiert, das Bild der Politik geprägt haben. Der politische Liberalismus strebt allerdings nach Verwirklichung des Leistungsprinzips. Fördern wir Individuen so, dass die fähigsten von ihnen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder ähnlicher Faktoren, in unseren Reihen aufsteigen. Sorgen wir dabei für Chancengleichheit, die gegenwärtig für Frauen zu häufig nicht gegeben ist.

Diese Leitlinien bedürfen einer Erweiterung und Verstetigung. Sie können jedoch Anknüpfungspunkt sein, um aus der Frauenförderung Kapital zu schlagen, ohne die Fehler linker Politik zu wiederholen. Denn klar ist: Der politische Liberalismus braucht für seine Umsetzung die klügsten Köpfe. Strukturen, die viele dieser Köpfe fernhalten und ausschließen, kann er sich schlichtweg nicht (mehr) leisten.

Paavo Czwikla (23)
studiert im Master Philosophie an der WWU Münster. Er ist Bezirksprogrammatiker der JuLis Münsterland und stv. Bundesarbeitskreisleiter Gender & Diversity. Ihr erreicht ihn unter:
czwikla@julis.de

Netzwerken als Schlüssel zum Erfolg

In einem Punkt scheinen sich die Parteien in Deutschland so einig wie sonst selten: Wir brauchen mehr aktive Frauen in der Politik. Doch die Ansätze, um dieses Ziel zu erreichen, sind so unterschiedlich wie umstritten. Immer häufiger stellt sich daher auch bei uns die Frage, wie viel Frauenförderung brauchen wir in der Politik und wie sollte diese ausgestaltet werden?

Netzwerken ist alles

In der Politik zeigt sich immer wieder das Problem, dass das Vorankommen in der Partei und das Umsetzen der eigenen Ziele von einem guten Netzwerk abhängt. Diejenigen, die sich schneller und besser in ein solches einfügen, sind hier im Vorteil. Da die Parteien einen deutlichen höheren Anteil an männlichen Mitgliedern haben, bestehen diese Netzwerke hauptsächlich aus Männern. Frauen hingegen, das ist gut untersucht, fällt es oftmals schwer, sich in diese einzumischen und so von ihnen zu profitieren.

Um diese Strukturen zu durchbrechen, müssen wir Frauen die Möglichkeit eröffnen, sich selbst solche Netzwerke aufzubauen und sich gegenseitig bei ihrem politischen Engagement zu unterstützen und zu fördern. Hier setzt die Frauenförderung an, indem man durch Formate speziell für Frauen auf eine bessere Vernetzung untereinander hinwirkt.

An dieser Stelle mag dem ein oder anderen der Gedanke kommen, dass es einer speziellen Unterstützung hierfür gar nicht bedarf. Immerhin sind Frauen genauso wie Männer in der Lage, eigene Netzwerke zu gründen. Das ist auch absolut richtig, Frauen sind keine sozialen Problemfälle, die alleine nichts auf die Reihe bekommen. Allerdings spielen die herrschenden Strukturen hierbei eine große Rolle. Eine junge Frau, die das erste Mal auf einer Veranstaltung der JuLis oder der FDP ist, muss sich in vielen Teilen erst einmal darauf einlassen, dort weitestgehend alleine zu sein. Es dauert daher deutlich länger, bis sie andere Frauen in der gleichen Situation kennenlernt und sich austauschen kann. Bis es so weit kommt, haben einige bereits aufgegeben und sich gegen ein aktives Engagement entschieden. Männer hingegen können von den bereits bestehenden Strukturen profitieren und fühlen sich schneller aufgenommen. Daher braucht es weibliche Ansprechpartner, auch auf höheren Ebenen, um zu zeigen, dass es aktive Frauen gibt.

Kreise, in denen es bereits viele aktive Frauen gibt, sprechen für den Erfolg von Maßnahmen zur Frauenförderung. Sind funktionierende Netzwerke einmal etabliert, bedarf es im Idealfall keiner weiteren solcher Maßnahmen und die Vernetzung funktioniert von alleine.

Frauenförderung ja, aber nicht zum Nachteil von Männern

Ein weiterer wichtiger Punkt in Sachen Frauenförderung ist, dass diese nicht dazu dienen soll, den Männern etwas wegzunehmen. Ziel ist es, ein Klima zu schaffen, in dem sich alle gleichermaßen wohlfühlen und ihr volles Potenzial entfalten können.

Aus meiner Sicht bedarf es hierfür aktuell noch einer Förderung von Frauen, damit es in absehbarer Zeit die gleichen Voraussetzungen für alle gibt. Und am Ende kann eine gelungene Frauenförderung nur gelingen, wenn alle gemeinsam daran arbeiten.

Christina Dumstorff (22) studiert Jura an der Uni Köln und ist Beisitzerin für Organisation im Landesvorstand und Kreisvorsitzende der JuLis Köln. Erreichbar unter: **Christina.dumstorff@julis-nrw.de**

Wo sind die Schüler?

6

Wie erreicht man Schüler? Wie kann man mehr Schüler für Politik begeistern? Und ist Politik vielleicht zu schwer? Die Fragen kann man sich stellen, aber wirkliche Antworten findet man auf die Schnelle nicht. Ich bin selber Schülerin, aber mein Interesse für Politik kommt definitiv nicht aus dem Politikunterricht. Nur wo kann man dann ansetzen?

Wie sieht es denn aus im Politikunterricht?

Wenn ich an das Fach Politik/Wirtschaft denke, dann an mein Politikbuch. Man könnte erwarten, dass man eine aktuelle Auflage in den Händen hält, worin für meine Generation relevante Themen behandelt werden. Jedoch lerne ich, dass Handyklingeltöne im Fernseher kaufen „Abzocke“ und Gerhard Schröder noch Kanzler sei. Ein Wunder, dass Deutschland nicht mehr geteilt ist. Darüber hinaus ist der Politikunterricht in der Unter- und Mittelstufe nicht unbedingt zeitgemäß, nicht nur die Hardware ist hängen geblieben, auch die Inhalte passen nicht zu meinen Erwartungen an die Unterrichtsstunden.

Wo liegt das Problem?

Wenn man keinerlei Interesse bei seiner Schülerschaft im Unterricht schüren kann, dann ist das Ziel verfehlt. Das Fach dient dazu, uns zu mündigen Bürgern zu machen, die sich selber eine Meinung bilden können und ein gewisses Interesse an der Weltpolitik haben. Bestimmt bin ich ein mündiger Bürger – im Jahr 2000. Mit heutigen Problemen, wie lauter werdender Populismus oder Gruppenpolarisierung von rechts, wird sich nicht beschäftigt. Klar, das Buch ist ja auch von 2001. Da gab es andere Probleme. Was im Moment politisch wie wirtschaftlich abgeht: Ich hätte keinen blassen Schimmer.

Was könnte man denn überhaupt ändern?

Beschäftigung schafft oft Interesse. Es fängt damit an, dass die Schulen mit aktuellen Büchern arbeiten, egal ob in Düsseldorf und Köln oder im westfälischen Dorf. Auch das Curriculum kann an vielen Stellen abspecken. Statt der Beschäftigung mit Drogen in gleich vier Fächern (unter anderem eben auch SoWi/Politik) könnte man sich zumindest in dem Quartal besser und sinnvoller mit Fake News beschäftigen. Warum denn auch nicht mal einen Wandertag zum Landtag machen anstelle der x-ten Fahrradtour? Oder eine Projektwoche nicht der Töpferei und Schulsee-Umgraberei widmen, sondern ein Planspiel machen. Dazu fehlen vor allem Lehrer und die Zeit, bei einem unsinnig zusammengestellten und in der Zeit vor dem Euro feststeckenden Themenfeld.

Der Befund?

Ich kann Kaninchenzäune in allen möglichen Formen und Größen berechnen, Gedichtinterpretationen in drei verschiedenen Sprachen schreiben sowie Goethes Zauberlehrling auswendig, allerdings habe ich von unserem Wahlrecht keine Ahnung. Die Mündigkeit der Schüler, nämlich die Zukunft, ist zu wichtig, als dass man sie verstaubten Büchern und verkrusteten Strukturen überlassen dürfte. Lasst uns den Politikunterricht wieder sexy machen!

Lina Wolters (14) ist Mitglied des Vorstandes der JuLis Ondrup und politikbegeisterte Schülerin. Ihr erreicht Sie unter: **linawolters@icloud.com**

„Fridays For Future“ Schwänzen mit falscher Ausrede

Seit Wochen schwänzen Schülerinnen und Schüler an Freitagen die Schule, um nicht nur in NRW für einen besseren Klimaschutz zu demonstrieren: Die Rede ist von der „Fridays For Future“-Bewegung, initiiert von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg, die bereits vor einem halben Jahr angefangen hat, jeden Freitag die Schule zu boykottieren und stattdessen für die Umwelt zu protestieren.

Hört sich paradox an? Ist es auch. Abgesehen davon, dass die Institution Schule in keiner Verbindung zu der Umweltpolitik einer jeden Regierung steht, verspielt die Schwedin sich und Tausenden Schülern Woche für Woche die Chance auf eins: Bildung.

Der Trend ist spätestens Anfang 2019 nun auch nach Deutschland übergeschwappt und seitdem nutzen auch hier bei uns Woche für Woche viele junge Menschen das Schlupfloch, die Schule für eine scheinbar gute Sache sausen zu lassen. Umweltpolitik ist natürlich wichtig und gerade unsere Generation sollte für diese ihr Recht wahrnehmen, aktiv für Klimaschutz einzustehen. Es ist an sich sogar positiv zu bewerten, dass so etwas wie politische Partizipation in vielen Köpfen der Jugendlichen stattfindet – aber „Fridays For Future“ ist der falsche Weg!

Die Bewegung ist für viele Schüler nämlich nichts mehr als eine Aufforderung zum Regel- und Gesetzesbruch, legitimiert durch verharmlosende Umschreibungen von einem „ausgelagerten Lebensunterricht“ wie von der Linken-Vorsitzenden Katja Kipping.

Doch das Weltklima kümmert es nicht, ob Schüler am Freitagmorgen auf die Straße gehen und für eine bessere Umweltpolitik demonstrieren oder ob sie es an einem Samstagvormittag machen. Würden die Schulschwänzer außerhalb der Unterrichtszeiten demonstrieren, würden sie ohnehin wirklich ein Zeichen setzten – denn wäre ihnen wirklich am Klimaschutz gelegen, würden sie sicher auch ihre Freizeit opfern, um dafür einzustehen. Aber genau das ist das Problem der Veranstalter: Die Teilnehmerzahl würde sich drastisch verringern, da die Teilnehmer tatsächlich ihre Freizeit opfern müssten und nicht einfach in der Schule fehlen könnten, wo sie sonst ohnehin hingegangen wären.

In diesem Zuge war doch der „Zeugnistag“, an dem die Schule bereits nach der dritten Schulstunde endete und die Demonstrationen erst nach der Schule stattfanden, einmal mehr Beweis dafür, dass die „FFF“-Bewegung nichts mehr als ein Vorwand zum Schuleschwänzen ist: Landesweit versammelte sich nicht mal ein Bruchteil der üblichen Teilnehmer. So kamen beispielsweise in Aachen statt der üblichen über 150 Demonstranten lediglich 30 zusammen – dem Rest war die Freizeit wohl doch wichtiger als der sonst so geforderte Klimaschutz.

Stock.Adobe.com © Rudie

Heuchlerisch ist das Vorgehen vieler Demonstranten, die Freitag für Freitag ihre Schulpflicht vernachlässigen, übrigens nicht nur an dieser Stelle. Videos und Fotos werden für Instagram und Snapchat geschossen und von importierten Handys aus China für die eigene Selbstdarstellung hochgeladen, nach der Demo wird sich noch ein Kaffee im Einwegbecher gekauft, bevor man dann guten Gewissens wieder nach Hause gehen kann, da man sich doch aktiv für eine Veränderung und eine bessere Umwelt eingesetzt hat.

Spätestens im Gespräch mit den vermeintlichen Umweltschützern zeigt sich dann, dass wenig hinter den Parolen auf ihren Bannern steckt. Fragt man einmal, wofür eigentlich demonstriert wird, hört man von vielen Teilnehmern lediglich, man demonstriere gegen RWE, gegen die Regierung oder gegen Umweltverschmutzung. Konkrete Forderungen oder gar konstruktive Vorschläge bleiben die Schulschwänzer aber schuldig.

Natürlich sind das Demonstrationsrecht und das Recht auf Meinungsfreiheit elementarer Teil des Fundaments, auf dem unsere demokratische Grundordnung aufgebaut ist. Dabei bleibt es erst einmal egal, für was demonstriert wird. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, für seine Meinung auf die Straße zu gehen.

Allerdings herrscht in Deutschland die Schulpflicht. Ob man diese jetzt befürwortet oder nicht: Sie gilt. Obendrein besteht für Schülerinnen und Schüler weder ein Streikrecht noch die Möglichkeit, sich für eine Demonstration beurlauben zu lassen. Die Tatsache, dass die FFF-Aktivisten diese Regelungen bewusst ignorieren, lässt sich auch nicht durch den positiven Zuspruch aus Teilen der Gesellschaft relativieren.

Würden nämlich plötzlich Scharen von Schulpflichtigen im Pegida-Style Freitag für Freitag auf den Straßen gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung demonstrieren, dann wäre die öffentliche Debatte eine andere und jeder Politiker, gerade von Seiten der aktuell den „politischen Einsatz“ der Schüler lobenden Grünen, sowie jeder Journalist würde sich auf die Schulpflicht berufen beziehungsweise gegen diese Schülerdemos sprechen.

Nils Mehrer (17) ist stv. Kreisvorsitzender in Dortmund und Vorsitzender der Liberalen Schüler NRW. Gerade absolviert er sein Abitur. Ihr erreicht ihn unter: **nils.mehrer@julis-nrw.de**.

7

Das zeigt jedoch: Die Schulpflicht herrscht an dieser Stelle nicht ohne Grund und muss unabhängig von der politischen Einstellung wahrgenommen und eingefordert werden.

Paradoxerweise verbauen sich die Streikenden mit ihren Demonstrationen das, wofür sie doch eigentlich eintreten wollen: ihre Zukunft. Natürlich ist das Klima auch ein Teil der Zukunft, wobei es diesem egal ist, wann man sich für Klimaschutz einsetzt. Der andere, mindestens gleich wichtige Teil aber ist die Bildung der jungen Menschen – und diese gibt es eben nur ab morgens acht Uhr in der Schule und nicht bei den Demonstrationen.

Daher sollte im Sinne der Schulpflicht gehandelt und sollten die Fehlstunden nicht entschuldigt werden. Politische Teilhabe ist wichtig und richtig, allerdings können medienwirksame Demonstrationen auch ohne Schulschwänzerei an Wochenenden stattfinden. In diesem Zuge sind die Bekräftigungen unserer Bildungsministerin Yvonne Gebauer, die die Schulpflicht mit allen Mitteln durchsetzen will, genau richtig.

Grundsätzlich ist konstruktives Engagement junger Menschen für den Klimaschutz gar nicht schlecht. Viel sinnvoller wäre es deshalb, die „Fridays for Future“-Demonstrationen an Wochenenden zu veranstalten und so einen größeren Zukunftsbeitrag zu leisten. Die mediale Aufmerksamkeit würde sicher nicht abnehmen und das Aufbringen der eigenen Freizeit einmal mehr zeigen, dass man wirklich dahintersteht.

Klimaschutz? Klar! Doch dafür die Schule zu schwänzen ist einfach falsch!

PRO vs. KONTRA

Amtszeitbegrenzung der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers?

„Eine Wiederwahl und dann ist Schluss!“ – über 30 % der Deutschen sehen das so, sie sind „Merkel-müde“. Die Forderung nach einer Amtszeitbegrenzung wird immer lauter, selbst die Junge Union beschließt mit knapper Mehrheit: Kein Kanzler darf mehr als zweimal wiedergewählt werden. Der bayerische Ministerpräsident fordert eine Beschränkung seines eigenen Amtes. Und auch andere führende Politikerinnen und Politiker halten eine Amtszeitbegrenzung für sinnvoll.

Eine Amtszeitbegrenzung für den Regierungschef kennen wir vor allem aus dem US-amerikanischem Politsystem. Dort darf ein Präsident maximal zwei Legislaturperioden regieren, also nur einmal wiedergewählt werden. Begründet wird dies vor allem durch die weitreichenden Machtbefugnisse eines amerikanischen Präsidenten. Man geht davon aus, dass eine „Nicht-Beschränkung“ die Gewaltenteilung gefährde und Wahlen überflüssig werden würden.
Die Forderung einer Beschränkung der Amtszeit der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers hierzulande hat meist andere Beweggründe. Die Macht des Regierungschefs in Deutschland ist von Natur aus stark reglementiert, sodass ein Vergleich mit den USA schwierig ist. Die wohl wichtigsten Argumente der Verfechter einer Amtszeitbegrenzung in Deutschland sind: Die zunehmende Politikverdrossenheit einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Die Hoffnung, durch einen regelmäßigen Wechsel an der Spitze der Regierung Menschen wieder für Politik zu begeistern und die Demokratie zu stärken. Befürworter einer Beschränkung gehen davon aus, dass dem Bundeskanzler nach einer bestimmten Zeit der Kontakt zur Bevölkerung verloren geht, er oder sie des Amtes müde wird, den rechtzeitigen Abtritt nicht selbst bestimmen kann und schlussendlich sowieso „vom Hof gejagt wird“.

Die deutsche Verfassung sieht vor, dass ein Regierungschef während der Legislatur jederzeit durch ein erfolgreiches Misstrauensvotum seines Amtes enthoben werden kann. Ebenfalls ist dies durch die sogenannte Vertrauensfrage möglich. Hierbei überprüft die amtierende Regierung das ihr entgegengebrachte Vertrauen. Sowohl Helmut Kohl als auch Gerhard Schröder haben von dieser Regelung Gebrauch gemacht. Es gibt also Mittel und Wege, eine Kanzlerschaft frühzeitig zu beenden, ohne dass eine Amtszeitbegrenzung in der Verfassung verankert ist.
Außerdem gibt es ja noch reguläre Wahlen! Hierbei stellen die jeweils aussichtsreichsten Parteien einen Kanzlerkandidaten auf, welcher „in der Regel“ bei ausreichender Mehrheit auch Kanzler wird. Die Entscheidung liegt aber bei den vom Volk gewählten Parlamentariern. Auch wenn der Kanzler nicht direkt vom Volk gewählt wird, so liegt die letztendliche Entscheidung doch bei den Wählerinnen und Wählern. Sollte die Amtszeit nun beschränkt werden, so wird nicht nur die Freiheit des Mandats eines jeden Abgeordneten verletzt, sondern auch die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine Beschränkung der Amtszeit führt also nicht zu mehr Demokratie, sondern ganz im Gegenteil zu weniger.

Die Amtszeitbegrenzung ist nicht nur undemokratisch, sondern auch gegen liberale und marktwirtschaftliche Prinzipien. Auch wenn Demokratie keinen marktwirtschaftlichen Prinzipien untersteht, sondern demokratischen, so ist ein Vergleich mit der freien Marktwirtschaft oftmals sehr interessant. Eine Partei, welche über mehrere Legislaturen mit dem gleichen Kanzler Wahlen gewinnt, soll nun daran gehindert werden, dies erneut zu tun, und damit den Wahlsieg gefährden?
Als Junge Liberale und Freie Demokraten sollten wir davon ausgehen, dass jede Partei in der Lage ist, ihren aussichtsreichsten Kandidaten aufzustellen. Sollte dies einer Partei aus parteipolitischen Gründen nicht möglich sein, weil beispielsweise Machtmonopole innerhalb der Partei herrschen, so kann eine parteiinterne Satzungsänderung zur Amtszeitbegrenzung von Parteivorsitzenden an dieser Stelle Abhilfe schaffen, ohne eine Verfassungsänderung herbeizuführen.

Der zu Beginn erwähnten Politikverdrossenheit einzelner Bevölkerungsgruppen und dem damit verbundenen Stimmenzuwachs extremer Parteien wird auch eine Amtszeitbegrenzung nicht entgegenwirken können. Vielmehr sollten wir Jungen Liberalen uns für die Einführung einer „Leerstimme“ nach französischem Vorbild starkmachen, um auch den Politikverdrossenen eine Stimme zu geben.
Am Ende sollte es uns wie so oft um die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger gehen, gegen Bevormundung und um maximale Freiheit.

Lukas Schmitz-Peiffer (17)
ist Mitglied des Landesvorstandes der Liberalen Schüler und im Kreisvorstand der JuLis Essen. Er geht noch zur Schule.
Ihr erreicht ihn unter:
schmitz.peiffer@julis-essen.de

Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler

Die Grundlagen unserer liberalen Demokratie geraten zunehmend unter den Druck illiberaler Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt. Einerseits werben autoritäre und nationalistische Populisten für eine Demokratie ohne Recht. Andererseits befördern etwa technokratische Überregulierung oder die Dominanz der Regierungen gegenüber den Parlamenten ein Recht ohne Demokratie. Wir Liberale müssen uns dem entgegenstellen. Ein Vorschlag: eine Amtszeitbegrenzung für den Bundeskanzler.

Demokratie braucht Wechsel, sonst erstarrt sie. In einer parlamentarischen Demokratie sollte dieser Wechsel durch ein pluralistisches Parteiensystem gegeben sein, jedoch ist dies keine Selbstverständlichkeit. Lange Regierungszeiten haben in Deutschland Tradition. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, dass sie sinnvoll sind. Mit einem Blick auf die letzten Regierungsperioden von Adenauer oder Kohl stellt man fest, dass inhaltlich bei Weitem nicht so viel erreicht wurde wie in den Jahren davor. Selbst Altbundeskanzler Schröder kritisiert im Interview mit Cicero: „Man wird im Laufe der Jahre in einem solchen Amt immun gegen Kritik.“ Denn mit einer längeren Amtszeit nimmt die Offenheit für neue Themen und alternative Lösungswege ab. Man versucht sich als unverzichtbar zu verkaufen, anstatt auf eine sich ändernde Gesellschaft einzugehen.

Ein Lösungsansatz wäre, die Amtszeit des Bundeskanzlers äquivalent zum Bundespräsidenten zu begrenzen – beispielsweise auf zwei Perioden oder maximal zehn Jahre. Die Amtszeitbeschränkung ist institutionell sinnvoll, um eine Begrenzung der Macht sicherzustellen. Denn das Amt der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers ist zwar formell nicht das höchste Amt im Staate, verfügt jedoch über die größte Handlungsautorität. Hinzu kommt, dass dieses Amt in der Vergangenheit meistens von der oder dem Vorsitzenden der größten Regierungspartei geführt wurde, welche zugleich die größte Fraktion innerhalb der Regierungskoalition ausmachte. Diese Tatsache ist nicht zu vernachlässigen, da so auf lange Zeit eine der wichtigsten Rollen des Bundestages, nämlich die Kontrolle der Regierung, Gefahr läuft, vernachlässigt zu werden. Eine solche Entwicklung trägt mit dazu bei, dass Bürger das Vertrauen in unsere Institutionen verlieren.

Tatsächlich haben wir in den über 13 Jahren mit Angela Merkel als Kanzlerin erlebt, wie massiv sich die Gewichte in das Kanzleramt verschieben können – das geht inzwischen so weit, dass das Wahlprogramm der CDU dort geschrieben wird. Hier gäbe es eine Reihe von Gegenmaßnahmen, etwa die massive Einschränkung oder Abschaffung von Bundesbeauftragten und parlamentarischen Staatssekretären im Bundestag, über die ebenfalls diskutiert werden sollte. Am einfachsten wäre jedoch die Amtszeitbeschränkung. Dabei muss man feststellen, dass eine solche keineswegs zum Wechsel der Regierungsparteien führen muss oder diesen überhaupt schadet. Denn unbegrenzte Amtszeiten erlahmen auch die Regierungsparteien, da sie potenzielle Nachfolger aus den eigenen Reihen ausschließen. Diese werden künstlich kleingehalten, um den Amtsinhaber nicht zu gefährden. Hieran stört sich selbst die Junge Union, wie sie in ihrem Beschluss auf dem Deutschlandtag in Kiel im Oktober 2018 bekannt gab. Eine Begrenzung der Amtszeit würde indessen dazu führen, den Nachwuchs in der eigenen Partei zu fördern. Heutzutage wird oft davon ausgegangen, dass die amtierende Kanzlerin oder der amtierende Kanzler sich erneut aufstellen lässt. Die oder der Amtstragende müsste also während seiner Amtszeit selbst zur Kenntnis geben, nicht erneut antreten zu wollen, wie dies zuletzt Angela Merkel mindestens eine Legislaturperiode zu spät ankündigte. Dadurch ist ihre Autorität als Kanzlerin untergraben, sie ist Regierungschefin auf Abruf. Dies erklärt auch, warum sie die erste Kanzlerin überhaupt ist, die mehr oder weniger freiwillig abtritt. Eine Beschränkung der Amtszeit würde jedoch Anreize schaffen, auch in den letzten Monaten der letzten Legislaturperiode den Regierungsalltag aktiv mitzugestalten. Eine Amtszeitbegrenzung könnte viele dieser Probleme lösen und wäre ein echter Beitrag zu mehr Demokratie.

Michael Theurer (52) ist stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, FDP-Präsidiumsmitglied und Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg. Zuvor war der Diplom-Volkswirt Mitglied im Europäischen Parlament und im Landtag von Baden-Württemberg sowie Oberbürgermeister von Horb am Neckar. Ihr erreicht ihn unter: **michael.theurer@bundestag.de**

„Social Media ist wie Sex, du denkst, du bist der Beste darin, aber wenn du deine Eltern dabei erwischt, ist es dir peinlich.“

Angesprochen darauf, ob Altkanzler Gerhard Schröder, wenn er jetzt gerade Bundeskanzler wäre, Twitter nutzen würde, antwortete er jüngst in einem SPIEGEL-Interview: „Nein, ganz sicher nicht. Ich tue das ja auch jetzt nicht. Ich habe keinen Account, weder bei Twitter noch bei Facebook. Ich bin jemand, der eher mit den alten Medien als mit den neuen arbeitet. Dem Telefon zum Beispiel. (...) (Twitter) ist mir zu hektisch.“ Da hat jemand politische Kommunikation im Jahr 2019 verstanden. Nicht. Was diese Aussage Schröders aber zeigt: Seitdem Angela Merkel (824.000 Follower bei Instagram) 2005 das Kanzleramt von Schröder übernommen hat, haben es die sozialen Medien nicht nur in das Leben der meisten von uns geschafft, sondern auch einen ungeahnten Stellenwert in der politischen Arbeit eingenommen.

Vor der Bundestagswahl 2017 kam es zwischen den „Altparteien“ zu einem Gentlemen’s Agreement. Sogenannte Social Bots, also Social Media Accounts, die vorgeben, dass hinter ihnen ein echter Bürger steckt und damit eine private Einzelmeinung abgebildet wird, würden nicht eingesetzt. Nachdem die AfD zunächst noch etwas lavierte, äußerte sich Alice Weidel zwei Wochen später erneut dazu und beteuerte, man werde keine Social Bots einsetzen. Spätere Untersuchungen mit einem Schwerpunkt auf den Kurznachrichtendienst Twitter durch das Oxford Internet Institute ergaben ein anderes Bild. Demnach kämen „Bot-getriebene Nachrichten insgesamt auf einem moderaten Niveau vor“. Kein Weltuntergang, aber auch keine Entwarnung. So behandelten 15 aller Bot-Tweets die AfD. Anzumerken ist an dieser Stelle aber auch, dass mehr als 12 Prozent der Linken-Tweets von Social Bots stammten. Wie arbeiten Social Bots? Das Konzept ist nicht neu. Bereits in der Debatte um einen Verbleib oder ein Verlassen der Europäischen Union des Vereinigten Königreichs und vor allem bei Donald Trumps Wahl zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika kamen sie zum Einsatz. Sie teilen und verfassen automatisiert Beiträge, die sich oft nur um wenige Themen drehen. Dabei halten sie sich nicht an Ruhezeiten, sondern produzieren rund um die Uhr Beiträge und Kommentare. Der Grund: Social Bots sind eben keine echten Menschen. Dennoch beeinflussen sie den öffentlichen Diskurs, was eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen kann. Daher erwägt die Bundesregierung, wie im Dezember bekannt wurde, eine Kennzeichnungspflicht für Social Bots und ihre Botschaften einzuführen, die vor allem auch die sozialen Netzwerke in die Pflicht nehmen könnte. Wie diese ausgestaltet werden soll, weiß heute noch niemand.

Ganz ohne Social Bots schaffen es Politikerinnen und Politiker vieler Parteien auch selbst, zum Teil äußerst kontroverse Botschaften in die Welt hinauszusenden. So prägte sie unfreiwillig den Begriff „Mausrutscher“, nachdem sie Waffengewalt an der Grenze gegenüber Frauen und Kindern befürwortete und später angab, sie sei lediglich auf der Computermaus „ausgerutscht“.

Andere löschen gar direkt ihre Accounts bei Facebook und Twitter, wenn sie mit einer Äußerung in die Kritik geraten. Im Falle Robert Habecks von den Grünen gab dieser an, dass die spalterische und polarisierende Art, in der dort geredet würde, auch auf ihn abgefärbt hätte. Eine spannende Art der Selbstreflexion.

An dieser Stelle sei aber für Interessierte darauf verwiesen, dass es auch positive Best-Practice-Beispiele (alle JuLi-Accounts natürlich mitinbegriffen) für politische Auftritte in den sozialen Medien gibt. So zeigen zum Beispiel @matstrolz (NEOS), @Dem_dietmar_sein_fahrer (Die LINKE), wie es gehen kann.

9

Das Facebook-Profil der amtierenden deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit über 2,5 Millionen Gefällt-mir-Angaben ist deaktiviert worden. Martin Fuchs, auch bekannt als Hamburger Wahlbeobachter (eine übrigens sehr empfehlenswerte Seite), beobachtet mit einem besonderen Fokus auf die sozialen Medien die Europa-, Bundes- und Landespolitik. Zur Löschung ihrer Facebook-Seite auf eine Entscheidung der Kanzlerin hin (Grund: sie sei ja nun nicht mehr CDU-Vorsitzende) kommentiert Fuchs auf Twitter: „Was macht man mit einer Fanseite mit 2,5 Millionen Fans? Die @CDU hat sich entschieden die Seite von Angela Merkel zu schließen, da sie nun keine Parteivorsitzende mehr ist. Ich hätte so ca. 145 Ideen gehabt, was man damit machen könnte.“ Vor diesem Hintergrund problematisiert Fuchs: „Die SMS der Kanzlerin werden schön fein säuberlich transkribiert & archiviert. Aber was passiert mit dem digitalen Nachlass z. B. Ihrer gelöschten Facebook-Seite? Es ist schwierig, sagt @DerSPIEGEL. Ich sage: Wir brauchen dringend 1 Update vom Bundesarchivgesetz!“ Eine spannende Debatte – gerade, wenn man an dieser Stelle einen Vergleich mit den USA anstellt. Dort werden zum Beispiel Trumps Tweets vom Nationalarchiv aufbewahrt und niemand darf laut eines Gerichtsurteils mehr von ihm blockiert werden, da sein Account nicht mehr als privat, sondern als präsidentiell eingestuft wird (obgleich es einen POTUS-Account noch einmal gesondert gibt), da dies blockierte US-Bürger in ihrem Recht aus dem ersten Zusatzartikel zur Verfassung einschränke. Immerhin wird Angela Merkel weiterhin auf Instagram (Facebook befindet sich ohnehin auf dem absteigenden Ast) vertreten sein und Einblicke in ihre Arbeit bieten. Zwar kann man nicht erwarten, dort per Direktnachricht mit der deutschen Regierungschefin kommunizieren zu können, jedoch wird über Instagram ein ganz anderer Einblick in die tägliche Arbeit von (Spitzen-)Politikern geboten. Auch ich erlebe es immer wieder als sehr positiv, wenn ich im Rahmen einer Schlussrunde von Podiumsveranstaltungen an Schulen meinen Instagram-Namen nenne und anbiete, dort weitere Fragen im Messenger zu beantworten. Man merkt deutlich, dass junge Menschen es von Politikerinnen und Politikern nicht erwarten, eine Präsenz und Nähe in den sozialen Medien zu vermitteln, die sie selbst als selbstverständlich erachten. Überspitzt könnte man sagen: Social Media ist wie Sex, du denkst, du bist der Beste darin, aber wenn du deine Eltern dabei erwischst, ist es dir peinlich.

Welche Lehren ziehen wir also daraus? Unsere Generation wächst wie keine andere vor ihr in einer ständig im Wandel befindlichen Welt auf, in der Nachrichtenwerte teilweise die Lebensdauer einer Eintagsfliege nicht übersteigen. Während manche Hypes und damit ihr politischer Gegenwert mit einem Drücken der F5-Taste in Vergessenheit geraten können, bleibt manche unliebsame Erinnerung für immer im Netz. Das alles bietet uns unendlich viele Chancen. Wer die Risiken kennt, kann die Chancen nutzen. Tun wir das!

Léon Beck (23), stellvertretender Landesvorsitzender, Kreisvorsitzender JuLis Bochum.
leon.beck@julis.de

stockadobe.com © pathdoc

Wir brauchen mehr „Order“ im Bundestag!

Fabian Schefczik (24) promoviert in Physik an der Ruhr-Universität Bochum und ist stv. Bezirksvorsitzender im Ruhrgebiet. Ihr erreicht ihn unter: **fabian.schefczik@julis.de**

stock.adobe.com © zenzen

Mal ehrlich, wir sind doch oftmals ziemliche Politiknerds. Treffen wir dann mal auf Menschen außerhalb der Parteienlandschaft, sind wir gerne mal überrascht, wie wenig des politischen Diskurses in die Bevölkerung vordringt. Um einer drohenden Politikverdrossenheit zuvorzukommen, sollten wir auch etwas an der Debattenkultur im Bundestag ändern. Dazu mal ein Vorschlag aus dem Ruhrgebiet…

Bei den wenigsten Deutschen ist Phoenix auf Platz eins in der Senderreihenfolge. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern, selbst wenn die Rundfunkgebühren immer weiter erhöht werden. Wenn die Bürgerinnen und Bürger also etwas aus dem Bundestag mitbekommen, dann meist über die regulären Nachrichtensendungen. Wie können wir es also schaffen, dass mehr Politik in den Wohnzimmern des Landes gesendet wird?

Angebot und Nachfrage

Ganz einfach: Wo ein attraktives Angebot geboten wird, ist die Nachfrage nicht weit. In diesem Kontext muss man ausnahmsweise das britische Parlament mal loben, denn dort gibt es seit Jahren das Konzept der „Prime Minister Questions“. Hierbei liefern sich Oppositionspolitiker einen kurzen Schlagabtausch mit der Premierministerin zu einem Thema ihrer Wahl, welches nicht vorher angekündigt werden muss. Seit der Einführung der PMQs sind die Einschaltquoten des Parlamentsfernsehens stark gestiegen und das generelle Interesse an der Politik an sich hat zugenommen. Daher kommt nun aus dem Ruhrgebiet der Vorschlag, dass wir im Deutschen Bundestag ein ähnliches System etablieren. Konkret soll sechs Mal im Jahr (ca. in jeder dritten Sitzungswoche) der Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin mit einem Vertreter jeder Fraktion in eine wechselseitige Debatte von jeweils drei Runden à zwei Minuten pro Redner eintreten. Das Thema darf auch hier frei gewählt werden.

Kitzeln wir die Regierung

Das bisherige Konzept hinter der Befragung der Bundeskanzlerin sorgt eher für Gähnen vor dem Fernseher und wird größtenteils von den Populisten genutzt, um mal wieder einen wohl kalkulierten Skandal zu platzieren. Tritt nun jedoch das PMQ-System in Kraft, so hätte jede Fraktion die Chance, eigene Themen zu setzen und die Bundeskanzlerin argumentativ festzusetzen. Gleichzeitig bestünde andererseits durch die kurze Redezeitbegrenzung die Möglichkeit, schwache Argumente oder gezielte Tabubrüche direkt zu kontern.

Gerade Spitzenpolitiker konnten sich in der Vergangenheit, z. B. durch Solo-Talkshowauftritte, der offenen Debatte auf hohem Niveau gezielt verweigern. Hitzige Debatten und Emotionen können dabei helfen, dem verstaubten Image des Bundestages und der Parteipolitik einen neuen Speziallack zu verschaffen. In Zeiten, in denen nur Bewegungen, organisierte Schulschwänz-Proteste und Parolen zu wirken scheinen, muss Politik auch in traditionellen Strukturen neu gedacht werden. Dabei stünde es vor allem der FDP-Bundestagsfraktion gut zu Gesicht, wenn die Initiative aus den Reihen der Innovationsmaschine des Bundestages kommen würde.

Auch aus liberaler Sicht gäbe es einige Vorteile. So könnte man insbesondere aus finanzpolitischer und generationengerechter Sichtweise konkret den Finger in die Wunde legen, wenn beispielsweise der Arbeitsminister wieder über seine Respekt-Rente fabuliert. Besonders bei einer christdemokratischen Kanzlerin würden Fragen nach der Finanzierung sowie der Bedürftigkeit durchaus für ein Hinterfragen des Konzepts sorgen, sodass auch die Opposition mehr Einfluss auf das Regierungshandeln gewinnen kann. Dem Unterhaltungswert wäre dieses Konzept so oder so im höchsten Maße zuträglich!

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (67) ist ehemalige zweimalige Justizministerin. Sie ist Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung in NRW und stv. Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-sStiftung. Ihr erreicht sie unter: **info@leutheusser-schnarrenberger.de**

Ein Bekenntnis gegen Abschottung

Sie war die erste weibliche Justizministerin der Bundesrepublik, doch nicht nur damit, sondern auch durch ihren außerordentlichen Einsatz für Europa hat sie die Politik hierzulande und vor allem die FDP in den letzten Jahrzehnten geprägt. Was sie zu der aktuellen politischen Kultur in der EU und hierzulande zu sagen hat, lest ihr im Folgenden.

Wie kamen Sie zur FDP?

Mich hat damals in den 70er-Jahren diese Aufbruchstimmung, gerade was den Rechtsstaat und was Freiheitsrechte angeht, sehr zur FDP gezogen. Natürlich haben mich aber auch Persönlichkeiten, wie unter anderem Werner Maihofer als Vordenker und Formulierer der Freiburger Thesen, beeindruckt. Vor allem aber war der gesellschaftliche Aufbruch und die Freiheit, die mit der FDP verbunden wurde, für mich Anlass, Mitglied zu werden.

Sie waren insgesamt 8 Jahre Bundesministerin für Justiz: Was haben Sie aus dieser Zeit am meisten mitgenommen?

Also natürlich prägt so ein Ministeramt. Es kommt, denke ich, wenig überraschend, wenn ich sage, dass mich gerade auch die FDP-interne Aktion über den großen Lauschangriff damals in den 90ern sehr geprägt hat, bis heute. Ich bin dann ja auch zurückgetreten, weil ich das Gesetz einfach nicht als Ministerin verantworten konnte. Mich hat aber in der FDP auch geprägt, dass es trotz der vielen Aufs und Abs immer wieder die Besinnung auf den Kern, nämlich die Freiheitsrechte und die Stärkung des Einzelnen in allen Bereichen, wirtschaftlich wie gesellschaftlich, gab. Natürlich ist vieles davon einfacher in der Opposition durchzusetzen, weil man da keinen Koalitionspartner hat, mit dem man sich einigen muss. Aber gestalterisch bringt es nur etwas, wenn man in der Regierung ist. Das lernt man dann auch, wenn man mal sowohl in der Regierung als auch in der Opposition war.

Im Mai ist Europawahl, Ende Januar wurde auf dem Europaparteitag der FDP das dazugehörige Wahlprogramm beschlossen: Sind Sie zufrieden oder hätten Sie gerne noch andere Schwerpunkte gesehen?

Ich finde das Wahlprogramm der FDP für diese Europawahl wirklich gut, denn es ist ohne Wenn und Aber ein Plädoyer für mehr Europa, für weitere Veränderungen, für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und für mehr Außen- und Sicherheitspolitik. Und damit ist es ein Bekenntnis zu Europa und gegen Kleinstaaterei und Abschottung in einer Zeit, wo viele, gerade rechtspopulistische Kräfte, an diesen europäischen Wurzeln sägen.

Sie sprechen es schon an: Wir haben ja nicht nur hierzulande, sondern in ganz Europa ein Problem mit dem Populismus, vor allem von rechts, aber auch von links. Laut Prognosen ist ja wieder ein Anstieg der Stimmen für die AfD zu erwarten, sodass noch mehr Leute im EU-Parlament sitzen werden, die die EU in ihrer jetzigen Form am liebsten auflösen würden. Was, glauben Sie, kann man denen am wirksamsten entgegensetzen?

Diesen Rechtspopulisten und Nationalisten, die Europa von innen heraus zerstören wollen, muss man entgegensetzen, dass es eine Zukunft mit wirtschaftlicher Entwicklung, genügend Arbeitsplätzen und guter Bildung nur mit innereuropäischer Zusammenarbeit geben wird. Angesichts großer wirtschaftlicher Machtkonzentrationen im asiatischen Raum mit China oder mit Russland oder aber mit den USA, die unter Präsident Trump immer erratischer werden, haben wir hier in Europa nur eine Zukunft für die jungen Menschen, wenn wir zusammenstehen. Natürlich kann man immer etwas kritisieren. Dabei sollten wir aber nicht

die Grundrichtung verlieren und versuchen, uns auf ein Deutschland der 50er-Jahre zurückzubesinnen, wo wir uns kuschelig und heimelig fühlen, aber jeglichen Anschluss an Innovation und Entwicklung verlieren, denn das würde zulasten der jungen Menschen gehen.

Wie würden Sie denn die Arbeit der EU in den letzten Jahren bewerten? Durchweg positiv oder hätten Sie etwas zu kritisieren?

Zunächst mal denke ich schon, dass man an der Arbeit der Europäischen Union Kritik üben kann und das auch muss. Solche multinationalen Organisationen sind niemals fehlerfrei. Ich denke aber auch, dass die Europäische Kommission in den letzten Jahren gemerkt hat, dass Subsidiarität nicht nur eine Floskel ist, sondern dass Subsidiarität dort, wo man eher auf nationaler Ebene handelt als auf europäischer, auch ein Mehrwert für Europa ist. Dadurch ist dieser Regulierungswahn, den man eine Zeit lang hatte, auch schon deutlich zurückgegangen. Die EU hat an dieser Stelle also aus ihren Fehlern gelernt. Und ich finde auch, dass das Europäische Parlament einen immer besseren Job macht.

Glauben Sie denn, dass diese Regulierungen der EU teilweise auch junge Leute abgeschreckt haben? Beispielsweise die Urheberrechtsreform mit dem heftig umstrittenen Artikel 13, der die sogenannten „Uploadfilter“ vorsieht, die gerade bei jungen Leuten weitestgehend auf Ablehnung stoßen?

Ich kann mich noch gut erinnern an die Diskussion zu ACTA 2011. Dort gab es auch einige Abschnitte, bei denen nicht klar war, was das genau für die Bürger bedeutet mit Hinblick auf die Durchsuchung und Verwendung von Daten sowie die Inhaltskontrolle. Ich war damals Ministerin und habe dafür gesorgt, dass Deutschland ACTA nicht unterzeichnet. Dieses Übereinkommen hat damals auch nicht das Licht der Vertragswelt erblickt. Und das, glaube ich, war gut, denn dieses Abkommen war teilweise nicht in Ordnung und hat die jüngere Generation aufgebracht. Diese jetzige Urheberrechtsreform sehe ich auch mit gemischten Gefühlen. Ich habe mich selbst auch zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung immer wieder gegen diese Uploadfilter eingebracht, da dies ein Kompromiss ist, der zu Recht auch bei jungen Leuten Kritik hervorruft. Und auch wenn Urheberrecht ein im Grunde urliberales Thema ist, da wir Liberalen das geistige Eigentum, auch im kreativen Bereich, stärken wollen, gehen Uploadfilter mit Inhaltskontrolle und -durchsuchung schlichtweg zu weit. Wir werden sehen, was jetzt dabei herauskommt und ob die Reform wirklich durchkommt. Aber ich denke nicht, dass eine Angelegenheit wie der Uploadfilter Grund ist sich, von Europa abzuwenden.

Nach dem Scheitern des geplanten Brexit-Abkommens ist die Zukunft Großbritanniens außerhalb der EU erneut unsicher. Neben

wirtschaftlichen Problemen, die bei einem No-Deal-Brexit zu erwarten sind, vor allem für Großbritannien, aber auch für die EU, droht auch der Konflikt zwischen Irland und Nordirland erneut hochzukochen, sollte es eine harte Grenze zwischen beiden Ländern geben. Glauben Sie, es wird noch ein Abkommen erreicht werden oder müssen wir zusehen, wie Großbritannien in einen ungeregelten Brexit rutscht?

Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die Gefahr eines ungeregelten Brexits tatsächlich so unmittelbar bevorsteht. Ich hoffe, dass man zumindest mit Hinblick auf Irland und Nordirland noch zu einer Regelung kommt. Leider hat Frau May selbst überhaupt keinen Vorschlag, sodass ich nicht mehr gänzlich optimistisch bin. Die Opposition ist dabei auch nicht sehr hilfreich, so hat zum Beispiel Labour lange keine richtige Position gehabt. Jetzt kommt mit dem Vorschlag von Labour-Chef Corbyn endlich die erste konstruktive Idee, die allerdings etwas zu spät kommt. Dennoch hoffe ich, dass es bei diesem Punkt zu einer Lösung kommt, denn es wäre furchtbar, wenn diese Konflikte, die so viele Menschenleben gekostet haben, wieder aufflammen würden.

Noch einmal ein Blick nach Deutschland: Von vielen Seiten wird derzeit eine strengere Klimaschutzpolitik gefordert, ob von wöchentlich protestierenden Schülerinnen und Schülern oder natürlich den Umweltverbänden, gleichzeitig werden aber auch Stimmen laut, beispielsweise von Seiten der Wirtschaft, dass Themen wie die Versorgungssicherheit oder die drohende Arbeitslosigkeit vieler Beschäftigter der Kohleindustrie zu kurz kommen und dass die meisten Maßnahmen wenig wirksame Alleingänge seien. Wie sehen Sie das?

Ich denke, Deutschland stand vor einigen Jahren gar nicht so schlecht da, was den Klimaschutz angeht. In den letzen beiden Legislaturperioden ist jedoch einfach zu wenig passiert in diesem Bereich. Dass also

diese jungen Menschen den Politikern und uns allen vor Augen führen, dass dort nicht genug getan wird, finde ich toll. Junge Menschen müssen auch keine fertigen Konzepte vorlegen, das ist Aufgabe der Politiker. Sie müssen aber sagen, was aus ihrer Sicht für ihr Leben in den nächsten Jahrzehnten wichtig ist, und das ist der Klimawandel, der besteht, den man nicht negieren kann und um den wir uns kümmern müssen. Das wird natürlich zwangsläufig zu Transformationen und schwierigen Änderungsprozessen führen. Daher halte ich es auch vom Grundsatz her richtig zu sagen, wir müssen aus der Kohleenergie raus. Dabei sollten allerdings Absurditäten, wie dass man ein mordernstes, neu gebautes Kohlekraftwerk gar nicht ans Netz gehen lässt, aber andere, viel ältere Kraftwerke noch für 20 Jahre Übergangszeit laufen lässt, vermieden werden. Das sind Dinge, die man niemandem weismachen kann. Von daher halte ich die Klimaschutzpolitik, wie sie zurzeit in Deutschland betrieben wird, für kein ausgewogenes Konzept. Das ändert aber nichts daran, dass dennoch in Sachen Klimaschutz in Deutschland etwas getan werden muss. Es geht jetzt also darum, wie man einen vernünftigen, tragfähigen Kompromiss hinbekommt. Und das ist auch Aufgabe der FDP, die ja schon immer auch eine Partei war, die Wirtschaft und Umweltschutz miteinander verbinden konnte.

Frauen in der Politik ist nicht nur hierzulande immer noch ein großes Thema. Zuletzt hat deutschlandweit ein Beschluss des Brandenburger Landtags Aufsehen erregt, der eine Frauenquote von 50 % im Parlament festhält. Was halten Sie von solchen Vorstößen? Glauben Sie, das ist der richtige Weg, um den Anteil von Frauen in der Politik zu erhöhen, oder denken Sie, man sollte Frauen auf andere Weise fördern?

Ich stehe voll und ganz hinter der Forderung, dass wir mehr Frauen in der Politik brauchen. Frauen stellen über 50 % der Bevölkerung und da sollte es eigentlich klar sein, dass wir mehr Frauen in der Politik insgesamt brauchen, als wir es jetzt haben. Ich muss aber sagen, dass ich bei aller Sympathie, die ich für Parité-Gesetze habe, dennoch denke, dass diese rechtlich äußerst schwierig sind. Es gibt diesbezüglich große verfassungsrechtliche Bedenken, daher sollte man Brandenburg in Bezug auf diese Gesetze nicht nacheifern.

Was, denken Sie, wäre denn besser geeignet, um Frauen in der Politik zu fördern?

In meinen Augen wird es nur gehen, wenn die Parteien selbst mehr Frauen als Kandidaten den Bürgerinnen und Bürgern zur Wahl anbieten. Wenn so wenig Frauen da sind, wie es beispielsweise bei der FDP im Bayerischen Landtag der Fall ist, wo bei elf Abgeordneten eine Frau dabei ist, dann ist das natürlich extrem unzufriedenstellend. Die FDP hat da also dringend Nachholbedarf. Und auch wenn bei der Europawahl jetzt die ersten beiden Listenplätze mit Frauen besetzt sind, kommt danach erst mal eine lange Riege von Männern und danach sieht's mit Frauen auch eher dünn aus. Ich denke daher, dass wir mit so einem Vehikel, wie dass wir uns selbst verpflichten, mindestens 30 % der Listenplätze mit Frauen zu besetzen, vielleicht einen kleinen Schritt weiterkommen können. Ich glaube, alle anderen Maßnahmen, die so oft vorgeschlagen werden und die es den Frauen leichter machen sollen, sind nur ein frommer Wunsch, wenn bei der Listenaufstellung in den Kreisverbänden immer noch junge Frauen gegen alte Männer verlieren.

Zuletzt noch eine persönlichere Frage: Ich selbst bin in Bayern geboren, wohne aber in NRW, bei Ihnen ist es genau andersherum. Gibt es etwas, das Sie aus Ihrer alten Heimat vermissen?

Ich vermisse schon das wirklich schöne Hochdeutsch, das man in NRW spricht. Und ich trinke auch gerne mal ein Kölsch, das hat man in Bayern eben nicht. Aber ich muss nichtsdestotrotz sagen, dass Bayern ein wirklich wunderschönes und sehr vielfältiges Bundesland ist, sodass ich mich in meiner Wahlheimat Bayern genauso wohlfühle wie in meiner Geburtsheimat NRW.

Isabel (18) ist Medizinstudentin und Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf. Im JULIMAGAZIN ist sie Ressortleiterin für Interviews. Erreichen könnt ihr sie unter **isabel.kraemer@julis.de.**

Im Namen des Volkes: Die Rolle von Gerichten in einer Demokratie

12

stock.adobe.com © Romolo Tavani

Im Rahmen des Streits um die Abschiebung des islamistischen Gefährders Sami A. nach Tunesien löste Landesinnenminister Herbert Reul eine kontroverse Debatte mit der Aussage aus, Richter sollten im Blick haben, dass „ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen“. Reul sprach aus, was viele Bürger denken: Strafurteile werden regelmäßig an den analogen oder digitalen Stammtischen als zu milde kritisiert, der Justiz eine mangelnde Durchsetzung des Asyl- und Ausländerrechts vorgeworfen und Richter als abgehoben und lebensfern gescholten. Andererseits wird Kritik an einem Urteil schnell als „Richterschelte“ diffamiert. In einer zugespitzten öffentlichen Debatte bedarf es deshalb eines differenzierten Blicks auf die Justiz.

Richterliche Unabhängigkeit

Die Recht sprechende Gewalt ist sachlich von Gesetzgebung und Verwaltung getrennt und die Richter unterstehen keiner Weisungsbefugnis der Regierung. In der richterlichen Unabhängigkeit liegt ein Bollwerk gegen eine bedenkliche Machtkonzentration der jeweiligen Mehrheit und ein Garant für einen fairen Prozess, in welchem die Beteiligten, insbesondere der Angeklagte im Strafverfahren, weitgehend frei von Stimmungen und politischem Kalkül, auf eine rationale, gesetzmäßige Entscheidung hoffen können. Der Richter sieht jeden Angeklagten an, er wägt die Umstände des Einzelfalles – die der breiten Öffentlichkeit oft gar nicht bekannt sind – ab, er urteilt nach rechtlichen, nicht moralischen Erwägungen. Wer eine Bindung des Richters an das Rechtsempfinden des Volkes verlangt, der legt die Axt an diese zivilisatorische Errungenschaft. Dass die Unabhängigkeit der Justiz maßgeblich von Liberalen gegen die Kabinettsjustiz der absoluten Fürsten erkämpft wurde, ist uns eine besondere Verpflichtung, für dieses Erbe einzustehen. Der Volkswille wird dadurch nicht beiseitegedrängt. Die Unabhängigkeit des Richters vor der Politik im Einzelfall findet Grund und Grenze in der Abhängigkeit von den vom demokratisch legitimierten Parlament erlassenen Gesetzen. Das Volk hat so die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen festzusetzen und so immer wieder die Formel zu aktualisieren, dass die Urteile im Namen des Volkes ergehen.

Mehr als nur Formsache

Über ihre direkte Aufgabe im gewaltenteilenden Rechtsstaat hinaus erfüllen Gerichte eine wichtige Befriedungsfunktion für die Gesellschaft. Sie kanalisieren offene Konflikte in justizförmigen Verfahren, sie stehen für einen rationalen Interessensausgleich, in dem Selbstjustiz und das Recht des Stärkeren keinen Platz haben. Liberale Kritik an Bürokratie darf nicht vergessen lassen, dass die Form die geschworene Feindin der Willkür, die Zwillingsschwester der Freiheit ist (Rudolf von Jhering). Den Wert eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu betonen, auch und gerade dann, wenn es lästig erscheint, ist Aufgabe liberaler Politik. Während Populisten von rechts und links die Justiz zu dekreditieren versuchen, dürfen ihre Verteidiger nicht schweigen.

Der Hüter der Verfassung

Das Grundgesetz ist bei den Aufgaben der Justiz noch einen Schritt weiter gegangen: Streitigkeiten über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen oder zwischen Verfassungsorganen – die stets die Gefahr einer Verfassungs- und Staatskrise und damit einer letztlich gewalttätigen Klärung bergen – sollen in einem justizförmigen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht verbindlich geklärt werden. Das Bundesverfassungsgericht genießt hohes Ansehen in der Bevölkerung und ist über Jahrzehnte zu einem zentralen Pfeiler der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geworden. Weil ein solches Gericht als Hüter der Verfassung der hemmungslosen Ausnutzung politischer Macht entgegensteht, verwundert es nicht, dass autoritäre Regierungen wie die polnische als Erstes an der Ausschaltung und Unterwanderung ihrer Verfassungsgerichte arbeiten. In Zeiten, in denen auch das Oberste Bundesgericht der USA, historisches Vorbild aller modernen Verfassungsgerichte, mehr und mehr zu einem parteipolitisch politisierten Gremium wird, können wir auf das Bundesverfassungsgericht stolzer denn je sein. Zugleich bedarf es erhöhter Achtsamkeit, dass diese nicht selbstverständliche Institution nicht den Weg vieler Verfassungsgerichte im Ausland geht. Dabei erscheinen die hohen Hürden für die Richterwahl (Wahl mit Zweidrittelmehrheit je zur Hälfte durch den Bundestag und den Bundesrat), die konsensfähige Kandidaten und eine parteipolitische Parität bevorzugen, auch heute noch angemessen. Der Versuchung, aktive Berufspolitiker nach Karlsruhe zu schicken, sollte durch Karenzzeiten vorgebeugt werden. Hier sind die faktisch über eine Sperrminorität verfügenden Freien Demokraten aufgerufen, auch informell einen Verzicht auf solche Verlockungen zu erreichen.

Reformbedarf

Viele Stimmen, häufig aus dem rechten Spektrum, sprechen gegenwärtig von einer Erosion des Rechtsstaats. Der Begriff hat seine Berechtigung freilich ohne die politischen Implikationen: Er verweist auf die dramatische Überlastung der Justiz. Wenn Angeklagte wegen überlanger Verfahrensdauer aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen, wenn viele Strafverfahren eingestellt werden, wenn viele Prozesse erst nach mehreren Jahren rechtskräftig abgeschlossen sind, dann gefährdet das die Legitimation des Rechtsstaats. Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Es braucht eine kräftige personelle Aufstockung nicht nur bei der Polizei – wie sie die schwarz-gelbe Landesregierung gerade umsetzt –, sondern auch bei Staatsanwaltschaften und Gerichten. Das nützt nicht zuletzt auch den Angeklagten, deren Rechte infolge der durch den Personalmangel vorherrschenden „Beschleunigung“ und „Vereinfachung“ des Verfahrens oftmals auf der Strecke bleiben. Dies betrifft auch die für Klagen des Bürgers gegen den Staat zuständige Verwaltungsgerichtsbarkeit, welche unter der Last Hunderttausender Asylverfahren ächzt. Effektiver Rechtsschutz ist ein grundrechtsgleiches Recht, und zu seiner Wahrnehmung gehören zeitnahe Entscheidungen.

Zugleich wird es Zeit, dass wir die in vielen Ländern der EU selbstverständliche richterliche Selbstverwaltung stärken. Die Justizverwaltung sollte nicht dem Justizminister, sondern einem Richterausschuss unterstehen, die Ernennung und Beförderung von Richtern Gremien obliegen, in denen nicht nur Politiker, sondern auch Richter sitzen. Schließlich sollte die Stellung der Staatsanwaltschaft als unabhängige Ermittlungsbehörde gestärkt werden: Die Weisungsabhängigkeit der Staatsanwälte gegenüber den Justizministern der Länder und des Bundes sollte auf organisatorische Fragen beschränkt werden und keine Anweisungen zu einzelnen Ermittlungsverfahren mehr umfassen.

Fazit

Richter sollen und dürfen nicht auf die Stimmung der Bevölkerung hören. Ihr Rechtsempfinden wird durch eine qualitativ hochwertige Juristenausbildung und durch die Bindung an Recht und Gesetz geprägt. Von der Nichtbeachtung eines einzelnen vermeintlich skandalösen Urteils zu der Auflösung des Rechtsstaats durch die Bindung an das „gesunde Volksempfinden“ ist es ein kurzer Weg. Polen und Ungarn sind mahnende Beispiele der Gegenwart. Als Junge Liberale müssen wir in diesen Zeiten umso entschlossener die Unabhängigkeit der Justiz hochhalten. Denn sie ist ein unverzichtbares Element unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Marc Bauer (24) ist Jurist und stellvertretender Bezirksvorsitzender der JuLis Köln/Bonn. Ihr erreicht ihn unter: **marc.bauer@julis.de**

Nationalismus vs. Europa – Wer gewinnt die Partie?

Nicht nur in den USA übernehmen Nationalisten und deren rabiates Gedankengut das Ruder des Staates. Auch mitten in Europa, dem Kontinent des Friedens, wird es zunehmend wüst in der politischen Landschaft. Zu verdanken haben wir es nicht zuletzt den Bürokraten in Brüssel, die undurchsichtige Verordnungen auf den Weg bringen.

Demonstrationen, Ausschreitungen, Hass und Parolen. Man könnte bei diesen Schlagworten denken, man befinde sich inmitten eines Krieges. Und das tut man auch. Nur ist dieser Krieg nicht ein mit Panzerfaust und Maschinengewehr ausgetragener, sondern ein wortgewaltiger Konflikt, der die EU nahezu in einen Kriegszustand versetzt. Für die EU gibt es nichts Gefährlicheres als Nationalstaaten, die sich lediglich auf ihre landesinternen Interessen fokussieren. Und das ist jedem bewusst geworden, als der Beginn eines möglichen Zerfallsprozesses eintrat. Begonnen hat es mit der Flüchtlingsproblematik 2015. Als Hunderttausende Flüchtlinge über die Balkan-Route und unter Einsatz ihres Lebens mit geldgierigen Schleppern und maroder Ausrüstung an der Tür Europas anklopften und mehr oder minder um Einlass in das metaphorische Schloss baten, zeigte sich schnell, dass die EU vor einer Zerreißprobe steht. Und dabei ist bewusst nicht von einer Flüchtlingskrise zu reden. Seien die Flüchtlinge eine unzumutbare Herausforderung gewesen oder nicht, der Status einer Krise kommt ihnen dabei nicht zu. Das einzige mit einer Krise zu betitelnde Problem stellte die Arroganz und der pure Egoismus der Nationalstaaten dar, der einer humanitären Krise gleichzusetzen ist. 28 Mitgliedsstaaten, über 500 Millionen Einwohner in gut situierten Verhältnissen. Allein bei dieser Beschreibung Europas möchte man glauben, Europa käme mit ein paar Millionen Flüchtlingen problemlos klar. Doch dass dem so nicht war, erwies sich 2015 kristallklar. Das Problem: nationale Interessen. Möge es Victor Orban sein oder doch die national-konservative PIS-Regierung in Polen, in allen zeigt sich der Ausdruck einer Abwendung von Europa, nur um nationalen Interessen zu genügen. Bewusst gewählt sind diese Parlamente von den Bürgern der einzelnen souveränen Staaten, wodurch deutlich zu werden scheint, dass die Bürger dem Projekt Europa eher widerwillig gegenüberstehen, als es zu begrüßen. Unter 28 Staaten einen gemeinsamen Nenner zu finden, ist nicht die einfachste Aufgabe. Diejenigen unter uns, die schon einmal eine Veranstaltung für einen Verein oder einen anderen Gruppentreff zu organisieren versucht haben, wissen dies. Der eine ist nicht mit der Uhrzeit zufrieden, der nächste beschwert sich über die Gesellschaft der anderen und der übernächste weiß gar nicht, warum er sich überhaupt aufzuregen versucht. Gleiches lässt sich in der EU wiederfinden. Denn während die einen Staaten den Flüchtlingen eine humane Bleibe in Europa aufzeigen wollen und unseren Kontinent als Stütze der Wohlfahrt ansehen, malen die pessimistischen Staaten ein dystopisches Bild der Zukunft mit einer Genauigkeit und Ausführung à la da Vinci. Sie lehnen folglich eine von der EU festgelegte Einwanderungspolitik ab. Fehlender Einklang und die mangelnde Fähigkeit, sich auf eine gemeinsame Richtung zu einigen, verursachen widerwillige Alleingänge, sobald die Bürger der „besorgten“ Nationalstaaten durch von Nationalisten betriebene Untergangspropaganda sich durch EU-Entscheidungen der Abspaltung zuwenden, um den Wohlstand ihres Landes durch weitere Probleme nicht zu gefährden. Doch genau diese Exklusionspolitik national eingestellter Regierungen führt dazu, dass die Ablehnung der Nationalstaaten gegenüber der EU zunimmt, obwohl nicht berücksichtigt wird, welche immensen und wunderbaren Vorteile die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes jedem Mitgliedsstaat über die letzten Dekaden geboten haben. Der stabilste und sicherste Binnenmarkt, soziale Sicherheit in vielen Bereichen, interkulturelle Vernetzungen: All das ist in Europa zu finden und der Grund, warum wir derart erfolgreich und wohlhabend sind. Die Flüchtlingskrise ist längst überstanden: Mit 174.040 Asylanträgen in Deutschland in 2018 hat sich die Anzahl der Anträge um mehr als 76 % verringert. Auch 1995 gab es bereits 166.951 Anträge auf Asyl in der Bundesrepublik, wodurch ersicht-

Colin Sam Stamm (17) ist angehender Abiturient des Jahrgangs 12 am Städtischen Gymnasium in Olpe und Mitglied der JuLis Olpe sowie des FDP-Ortsverbandes Olpe. Dabei setzt er sich besonders für Europa ein und interessiert sich für ein funktionales Gesundheitswesen. Ihr erreicht ihn unter: **colinstamm@web.de.**

lich wird, dass die heutigen Asylantragsanzahlen eher wieder dem Normalniveau entsprechen und kein Grund für hysterische Weltuntergangsstimmungen darstellen. Und die Terrorattacken? 130 Tote Menschen am 13. November in Paris, 86 Tote am 14. Juli 2016 in Nizza, elf Tote am Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016; viele weitere Tote. Und ja, es ist nicht umstritten, dass dies Taten von Terroristen des IS gewesen sind, doch waren die meisten Attentäter keine über die Flüchtlingskrise 2015 eingereisten, sondern bereits seit Jahren anerkannte Immigranten in Deutschland, französische Staatsbürger, und somit Ergebnis einer zuvor jahrelang missachteten Einwanderung seitens der EU, welche strenger hätte kontrolliert werden sollen. Das Einzige, was die Flüchtlingsströme von 2015 bewiesen haben: dass Europa stets ein Kontinent der Humanität und nicht der Abschottung sein sollte. Angesichts der aktuellen Nationalpolitiken sollten wir uns dessen wieder bewusst werden.

Wer kommt denn auch schon in eine Wohnung, ohne seine Miete zu bezahlen?

Doch mangeln tut es nicht an Humanität, sondern durch das Dach des Hauses regnet es, da Solidarität als Dichtungsmittel fehlt. Der Brexit ist ein gutes Beispiel des weitreichenden Solidaritätsmangels. Wie Deutschland und Frankreich musste auch Großbritannien in den vergangenen Jahren mehr an die EU zahlen, als es erstattet bekam. Aber nicht aus Schikane, sondern als Mittel der Konvergenz, also dem Ziel näherzukommen, den Disparitäten des Wohlstands innerhalb Europas entgegenzuwirken und Europa fitter und gerechter zu gestalten. Was in Großbritannien angekommen ist: Einseitigkeit, Ausbeutung, Ungerechtigkeit. Doch dass es in einer derartigen Gemeinschaft dazugehört, die Schwachen für das Allgemeinwohl zu stärken, und dass die britischen Universitäten gar 8–9 % ihrer finanziellen Förderung von der EU erhalten, ist den Briten nicht augenscheinlich. Was sie wollen: Vorteile genießen, ohne Verantwortung zu übernehmen und Gegenleistungen für die errungenen Vorteile zu zollen. Christlich ist das auf keinen Fall, was man dem Krösus der europäischen Staaten zuschreiben muss. Wer kommt denn auch schon in eine Wohnung, ohne seine Miete zu bezahlen, dafür dass er ein Dach über seinem Kopf hat? Auf diesem Egoismus-Prinzip basiert die EU auf jeden Fall keineswegs.

„Das EU-Parlament ist lächerlich!“

Der Monarch dieser Problemgefolgschaft ist jedoch ein ganz anderer. Das Demokratiedefizit. Nicht nur, dass die Kommission teils belanglose Themen diskutieren würde wie den Krümmungsgrad von Gurken oder dass der Europäische Rat oftmals hinter verschlossenen Türen tagt und somit der Bevölkerung nicht zugänglich ist wie die geheimen Drogenkartelle in Südamerika. Es ist besonders die Stellung des EU-Parlaments und das Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten, was zusehends politische Gewitter auslöst. Wäre es nicht das Oberhaupt, welchem Ketten angelegt sind. Gesetze werden nur in Übereinkunft mit der Kommission verabschiedet, vom Parlament entwickelte Gesetzesinitiativen können von der Kommission egalitär abgeschmettert werden. Hinzu kommt der Finanzwust, den dieses Parlament mit seinen Umzügen zwischen Brüssel und Straßburg erzeugt. Als wenn das nicht genug wäre, lässt die Zuverlässigkeit der Abgeordneten beispielsweise im Bereich der Präsenz viel Verbesserungspotenzial. Nicht zuletzt deswegen kritisierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das Parlament bei der Sitzung zum baldigen Ende der maltesischen EU-Präsidentschaft scharf mit den Worten: „Das EU-Parlament ist lächerlich. […] Ich werde nie wieder einer Zusammenkunft dieser Art beiwohnen.“ Zu Recht. Der anscheinend einzig verbliebene Vertreter der Europäer im Konstrukt der EU sitzt nicht im Parlament, sondern in der Kommission und setzt den Daumen auf die Wunde: Das vergleichsweise sowieso wenig einflussreiche Parlament ist sich seiner Pflichten selbst nicht bewusst und macht aus dem demokratischen Europa ein anarchisches Bürokratiekonstrukt, das sich immer weiter vom Willen der EU-Bürger entfernt. Und wenn etwas verabschiedet wird, dann geht es oft über das Ziel hinaus, wie die im Sommer 2018 verabschiedete DSGVO zeigt. Seitdem wird jeder Sportverein behandelt, als wäre er ein Verbrecher, jeder Bürger observiert, als wäre er ein Verräter seiner selbst.

Undurchsichtig ist die Anzahl der Probleme, denen die EU gegenübersteht. Besonders gefährlich sind sie deswegen, weil sie nur die Ursache sind und den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, heraufbeschwören: den Nationalismus. Dabei ist die Lösung der politischen Grippe greifbar nah und bedarf nicht einmal eines ausgeklügelten Rezeptes: ein weniger bürokratisches und somit effizienteres Europa, welches Probleme angeht, bevor sie zu unlösbaren Monstren werden, sowie ein mächtigeres Parlament. „Die Herrschaft des Volkes“ heißt der ehemals griechische Begriff Demokratie, den wir uns zutiefst zu Herzen nehmen sollten, um der Nationalisierung des Abendlandes entgegenzuwirken. Denn wenn der Kapitän im Nationalismusnebel nicht weiß, wo er hinsteuern soll, sollte er sich Rat von den Passagieren holen und sie ermächtigen, um dem Eisberg auszuweichen, auf den wir zusteuern. Sie sehen oft mehr als die Besatzung, was den Kurs des Schiffes angeht.

stock.adobe.com © bluedesign

#Das große Quiz

Teste Dein Wissen! Beantworte die folgenden 21 Fragen richtig, füge das richtige Lösungswort zusammen, sende Deine Antwort an **tim.schuetz@julis-nrw.de** und gewinne **einen lebensgroßen Pappaufsteller** eines Politikers Deiner Wahl! Soll Christian Lindner bei den nächsten JuLis-Events anwesend sein? Soll Wolfgang Kubicki kritisch im Wohnzimmer stehen? Vermisst Du Konstantin Kuhle? Nimm jetzt an unserem Quiz teil!

1 Wer war der erste Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen?

A) Hans- Joachim Otto **(E)**
B) Horst Friedrich **(R)**
C) Guido Westerwelle **(M)**

2 Wie hoch ist die Quote an JuLis innerhalb der FDP Bundestagsfraktion?

A) 23,75% **(P)**
B) 12,5% **(A)**
C) 15% **(O)**

3 In welchem Jahr konnte die FDP ihr bestes Bundestagswahlergebnis einfahren?

A) 1949 **(T)**
B) 1994 **(L)**
C) 2009 **(A)**

4 In welchen Landtagen ist die FDP mit keiner Fraktion vertreten? (Stand März 2019)

A) Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern **(B)**
B) Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern **(L)**
C) Brandenburg, Bremen, Thüringen, Saarland und Mecklenburg Vorpommern **(K)**

5 Welches ehrenvolle Amt des Bundestages wird aktuell von einem FDP-Politiker bekleidet?

A) Alterspräsident **(N)**
B) Bundestagspräsident **(D)**
C) Ombudsperson des Bundestages **(S)**

6 Wer war Friedrich Naumann?

A) Liberales Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) **(M)**
B) Erster Generalsekretär und Fraktionsvorsitzender der FDP **(S)**
C) Liberaler Philosoph des 18. Jhd. **(H)**

7 Welcher bekannte ehemalige JuLi war nicht an der Gestaltung der legendären Julihymne beteiligt?

A) Joachim Stamp **(E)**
B) Johannes Vogel **(V)**
C) Marco Buschmann **(K)**

8 Welcher Bezirksverband der JuLis in NRW hat die meisten Mitglieder? (Stand: Januar 2019)

A) Ruhrgebiet **(I)**
B) Köln/Bonn **(G)**
C) Düsseldorf **(T)**

9 Welches dieser Zitate stammt nicht von Guido Westerwelle?

A) „Ich bin zwar jünger als Sie, aber nicht blöder!“ **(J)**
B) „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, läd zu spätrömischer Dekadenz ein“ **(S)**
C) „Die SPD war nie die Partei des sozialen Aufstiegs. Sie ist die Partei des sozialen Abstiegs einer ganzen Gesellschaft“ **(E)**

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

12	13	14

15	16	17	18	19	20	21

10 **Welcher Vorsitzende der JuLis NRW hatte die längste Amtszeit?**

A) Moritz Körner **(Z)**
B) Ralf Witzel **(V)**
C) Marcel Hafke **(C)**

11 **Wer ist die frisch gewählte Vertrauensperson, bei der Du Dich bei innerverbandlichen Problemen melden kannst?**

A) Maya Sastges **(F)**
B) Constantin Borges **(N)**
C) Chantal Schalla **(E)**

12 **Welche Jugendorganisationen haben deutschlandweit mehr Mitglieder als die JuLis?**

A) JuSos und Junge Union **(R)**
B) Nur die Junge Union **(H)**
C) JuSos, Junge Union und Grüne Jugend **(P)**

13 **Welcher der folgenden Personen ist (zumindest offiziell) kein FDP Mitglied?**

A) Carsten Maschmeyer **(R)**
B) Frank Thelen **(I)**
C) Wigald Boning **(W)**

14 **Welche besondere Geschichte gibt es zu der Mitgliedschaft des ehemaligen Bundesvorsitzenden und heutigen Sprecher für Innenpolitik, Konstantin Kuhle, zu erzählen?**

A) Konstantin war zunächst bei den JuSos, dann bei der JU und kam schließlich erst zu den Julis **(A)**
B) Konstantin gab ein falsches Alter an, um frühzeitiger Mitglied werden zu können **(B)**
C) Konstantin wurde von seinem Bruder bei den JuLis angemeldet, weil ihn die ständigen Politik-Gespräche zuhause nervten **(C)**

15 **Welches Land stellt innerhalb der europäischen ALDE Fraktion die meisten Abgeordneten? (Stand Januar 2019)**

A) Tschechien **(U)**
B) Spanien **(N)**
C) Schweden **(G)**

16 **Welches Grundwerk des politischen Liberalismus stammt von Milton Friedmann?**

A) Kapitalismus und Freiheit **(R)**
B) Wohlstand für Alle **(S)**
C) Wohlstand der Nationen **(H)**

17 **Welchen FDP-Politiker verbindet man mit einer Kuh-Krawatte?**

A) Hans-Dietrich Genscher **(V)**
B) Theodor Heuss **(E)**
C) Christian Lindner **(U)**

18 **Mit welcher Protest-Aktion waren die Jungen Liberalen NRW Anfang Dezember in den Medien?**

A) Riesenbeamer vor der Staatskanzlei gegen das Kooperationsverbot **(H)**
B) Gemeinsames Kiffen vor dem Ministerium für Arbeit und Gesundheit für die Cannabis-Legalisierung **(O)**
C) 200 Jugendliche vor dem Landtag zum Thema Wählen ab 16 **(L)**

19 **Wie viele Direktmandate konnten FDP Politiker zu der letzten Bundestagswahl gewinnen?**

A) Keins **(G)**
B) Eins **(A)**
C) Zehn **(M)**

20 **Wie heißt kein Kapitel des Europa-Wahlprogramms?**

A) Europa der Kultur und Künste **(E)**
B) Starke Finanzen für eine große Geschichte **(K)**
C) Mehr Europa in der Weltgeschichte **(Y)**

21 **„Ich möchte die Politiker bitten, in ihre Völker hineinzuhören, die in ihrer europäischen Gesinnung viel weiter sind.“ Wer warb so flammend für mehr Europa?**

A) Alexander Graf Lambsdorff **(U)**
B) Hans-Dietrich Genscher **(N)**
C) Birgit Homburger **(S)**

Kleiner Tipp: Die Lösungsworte beschreiben eines der meist-diskutierten Themen in einem zentralen JuLi-Fachbereich...

DKV

Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren.
Gesetzlich versichert – privat behandelt.

BestMed Kombitarife zur GKV.
Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen:
0179 4691889

Alle DKV-Produkte gibt es auch bei:
Sebastian T. Stachelhaus
www.ergo-stachelhaus.de
0179 4691889
Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld

Der Gesundheitsversicherer der ERGO

Ich vertrau der DKV